# DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 117 , Samstag, 7. Januar 2022 bundesweit. Verkaufspreis 2,50 Euro: 1 Euro für den Verteiler & 1,50 Euro mit Verwendungszweck *Crowdfunding* bitte an *Sodenkamp & Lenz* · IBAN: DE68 1001 0123 2493 3614 28 · BIC: QNTODEB2XXX

*Herausgegeben von Anselm Lenz, Sophia-Maria Antonulas und Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben*


**WO IST DIE »VIERTE GEWALT«, DIE FREIE PRESSE? HIER!** Dies ist die 117. Ausgabe einer der auflagenstärksten Print-Wochenzeitungen in deutscher Sprache.

# »NIE WIEDER KRIEG!«

**»Aus, aus, aus! Der Krieg ist aus!« Jubel brandet auf, nachdem Bundesverteidigungsministerin Christine Lambrecht ihr Video versendet hat. Es war nie unser Krieg. Und es ist Zeit, die Nato zu verlassen.**

Berlin, 31. Dezember 2022: Es ist vollbracht! In einem Moment der Einsicht stellt sich die Juristin in Berlin vor das bekannte Frankfurter Tor im Stadtteil Friedrichshain und verkündet das, was die Mehrheit der Deutschen möchte: Endlich raus aus der Nato, ein Ende der Kriegsbeteiligung und ein Ende der endlosen Lügenpropaganda – mit den Folgen der Spaltung, Verarmung und Zerrüttung unserer Gesellschaft.

Der Jubel über die überraschende Absage der SPD-Politikerin an Waffenlieferungen und jedwede Teilnahme Deutschlands an der Ostfront ist echt. »Deutschland ist verantwortliche Rahmennation und wesentlicher Truppensteller für die Nato Response Force (NRF) 2022 bis 2024«, ist auf den Präsentationsseiten der Bundeswehr zu lesen. Doch kein einziger Deutscher ist jemals gefragt worden, ob wir überhaupt in diesen Krieg ziehen wollen.

Diesen Widerspruch zwischen dem so häufig verwendeten Wort »Demokratie« und dem Ausbleiben jedweder echter Abstimmung machen Millionen Deutsche bereits seit dem Corona-Putsch nicht mehr mit. Die offensichtliche Überlagerung des Zusammenbruchs des US-Finanzkapitalismus durch ein wahnhaftes biopolitisch-kybernetisches Umgestaltungsprogramm inklusive des nicht mehr zu überspielenden Injektionsgenozids und der Kinderschändermaske fällt dem Regime nun bitter auf die Füße. Deutschland steigt aus! Lambrecht folgt einer Stimmung, die überall spürbar und hörbar ist.

Die Verteidigungsministerin, die sich mit ihrer Friedenserklärung in der umtosten Berliner Silversternacht zur Heldin machte, gewann dem Kriegsende sogar noch eine menschliche Note ab. Für sie sei das Kriegsgeschehen »verbunden mit vielen besonderen Eindrücken, die ich gewinnen konnte, vielen Begegnungen mit interessanten, mit tollen Menschen, und dafür sage ich ein herzliches Dankeschön«.

Fortsetzung auf Seite 15

**VOLKSHELD**

Der Bürgerrechtler Michael Ballweg wird vom BRD-Regime weiter in der JVA-Stammheim festgehalten.



Die Demokratiebewegung wächst, Seite 6

INHALT #DW117



**IMPRESSUM** | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. Gegründet und entwickelt von Anselm Lenz. | 117. Ausgabe ab Samstag, 7. Januar 2023. | Redaktionsschluss war am 5. Januar. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | Förder- und Freundeskreis dieser Wochenzeitung: Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Postfach 35 02 16, D-10211 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus von 1,- Euro je Exemplar für sich zu behalten. Spenden für die Zeitung sind weiterzuleiten (siehe unten). | Online: demokratischerwiderstand.de

**Chefredakteur**: Anselm Lenz. Stlv. Chefredaktion: Sophia-Maria Antonulas, Hendrik Sodenkamp. **Redaktion Krieg & Frieden**: Felix Feistel (Ltg.), Ilia Ryvkin, Flo Osrainik. **Sportchef**: Thomas Berthold. **Layout und Satz**: Ute Feuerstacke, Anselm Lenz. **Fotoressort**: Georgi Belickin, Sandra Doornbos, Gerd Danigel, Steve Schramm. **Weitere Redaktionsmitglieder:** Dr. med. Paul Brandenburg, Ullrich Mies, Dirk Sattelmaier, Doro Neidel, Torsten Wetzel, Batseba N'Diaye, Nadine Strotmann, Wolfgang Greulich, Johnny Rottweil, Dr. med. Alexander Richter. **Korrektorat**: Stefanie Supé, Barbara Klumpp. V.i.S.d.P. Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo. **Redaktionskooperationen**: De Andere Krant, Amsterdam. UFP United Free Press, London. **Verlagsvertragspartner**: Edition du Seuil, Paris. Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye, Sophia-Maria Antonulas, Hendrik Sodenkamp mit Professor Giorgio Agamben in Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit seit 17. April 2020. **Verlag**: Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH, Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Geschäftsführer Hendrik Sodenkamp & Anselm Lenz, Mitglied im VDZ, Verband der Zeitschriftenverleger Berlin-Brandenburg. Amtsgericht Berlin-Charlottenburg HRB224921B, USt-ID-Nr. DE 340880295. **Druck**: Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S+M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotografie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwahrend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden.

**NICHTOHNEUNS.DE** | Der **5-Punkte-Plan** seit 28. März 2020: **1**. Sofortiges Ende der Corona-Maßnahmen auch in Deutschland. **2**. Wiedereinhaltung des Grundgesetzes, des Nürnberger Kodexes und des Menschenrechtes in Wortlaut und Sinn. **3**. Neuwahlen, Brechung des Parteienprivilegs, imperatives Mandat. **4**. Volksentscheide über alle grundlegenden Angelegenheiten. **5**. Verfassungserneuerung auf Basis des Grundgesetzes mit Wirtschafts- und Sozialcharta. **Spenden an den Demokratischen Widerstand per Bareinzahlung oder Überweisung,** Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung«an Sodenkamp & Lenz, **IBAN:** DE68 1001 0123 2493 3614 28. **BIC/SWIFT**: QNTODEB2XXX.




# Ministerin lässt hoffen

***Der Preis der Republik geht an Christine Lambrecht***

LAUDATIO von Anselm Lenz

»Es ist nicht unser Krieg.« Das steht auf Tausenden Hauswänden in Deutschland geschrieben und es werden täglich mehr. Warum? Weil es nicht unser Krieg ist. Das machte nun auch Christine Lambrecht (SPD) klar.

Die Bundesverteidigungsminiserin ist Nordbadnerin, wurde 1965 in Mannheim geboren, ist evangelisch getauft. Sie hat einen Sohn, dem sie im Mai 2022 den Wunsch erfüllte, einmal in einem Hubschrauber der Bundeswehr mit ihr zu fliegen. »CSU-Chef Markus Söder dürfte sich die Hände reiben«, so die Propagandagazette *Taz*, »›Sie blamiert Deutschland vor der Ukraine und unseren westlichen Partnern‹«.

Der Verleihung des derzeit angesehensten deutschen Öffentlichkeitspreises, dem Preis der Republik, liegt eine These zugrunde, die die Vergabekommission unterfüttert sieht: Lambrecht möchte uns aus dem Ostfront-Fiasko herausholen, vielleicht sogar aus der Nato austreten. Diesen Friedenswunsch teilt sie mit der Mehrheit der Deutschen, die mit den Ukrainern fühlen, auf deren Rücken ein Stellvertreterkrieg ausgetragen wird. Die aber eben nie wieder kriegerisch nach Osteuropa ziehen wollen, ganz gleich wie und mit welchen Mitteln, und ganz gleich wie schrill die Propaganda posaunt von vermeintlicher »Solidarität«, »alle müssen mit« und »der Kaiser rief und alle, alle kamen«. Lambrechts Friedensvideo zur Silversternacht war dagegen ein spontaner Akt, in dem sich der Wunsch nach Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit Bahn brach.

Im Jahr 2020 war Christine Lambrecht schon einmal der Preis der Republik verliehen worden, als die damalige Justizministerin das Demonstrationsrecht für die Millionendemonstrationen in Berlin verteidigt hatte und damit einen deutschen Tian'anmen-Platz verhinderte (siehe #DW16 vom 22. August 2020, Seite 4). Doch Lambrecht wurde auch damals »zusammengefaltet« und »zurückgepfiffen«. Sie hielt dem Druck nicht stand und drosch schließlich selber öffentlich auf das Demonstrationsrecht ein. Auch der Preis wurde wieder aberkannt. –

Wird es auch diesmal zu einer Kehrtwende kommen? Hoffentlich nicht.

**DER PREIS DER REPUBLIK FÜR AUFKLÄRUNG, COURAGE, FREIE DEBATTE, GRUNDGESETZ UND DEMOKRATIE GEHT AN ERIC CLAPTON. DIE AUSZEICHNUNG WIRD SEIT DEM 27. JUNI 2020 VOM UNTERSTÜTZERVEREIN DIESER WOCHENZEITUNG IN FORM EINER MEDAILLE AM BAND VERGEBEN.**

Alle Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebel, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyler, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg, Daniel Igwe, Boris Reitschuster, Dr. Reiner Füllmich, Michael Ballweg, Dr. Klaus Hartmann, Karl Hilz, Ines Teetzen, Matthias Guericke, Michael Fritsch, Ricardo Lange, Dolli, Dr. Louis Fouché, Sabine Langer, Dietmar Lucas, Sarah aus Kassel, Doris und Aya, Captain Future, Silvia Loew, Roman Mironov, Heiko Schöning, Monika Bonnes, Michael Hatzius, Margot Winkler, Claudius Baum (Polizist aus Siegen), Harrison, Friedemann Däblitz, Nicki Minaj, Freddy Independent, Dirk Sattelmaier, Perin Dinekli, Volker Bruch, Nils Wehner, Batseba N'Diaye, Martin Kugelmann, Monica Smit, Christian Krähling, Volkmar Zimmermann, Ulrike Guérot, Miriam Stein, Lisa Fitz, Dr. Friedrich Pürner, Owe Schattauer, Dr. Bodo Schiffmann, Eugen Drewermann, Julia Neigel, Thomas Röper, Dietrich Brüggemann, Henning Rosenbusch, Michael Meyen, Avital Livny, Sabrina Kollmorgen, Gunnar Kaiser, Tom Meert, Julian Assange, Ria Makei, Dr. med. Carola Javid-Kistel, Andreas Schöfbeck, Prof. Dr. med. Harald Matthes, Uli Gellermann, Dr. Paul Brandenburg, Tim Röhn, Prof. Giorgio Agamben, Vera Sharav, Silke Martens, Tom Lausen, Hans-Eberhard Schultz, Christian Kreiß, Susanne Köhler, Général Christian Blanchon, Markus Fiedler, Dr. med. Ronald Weikl, Rolf Kron, Andreas Sönnichsen, Chelsea Manning, Dr. Matthias Burchardt.

**DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE**

# Ohnmacht der Begriffe

EINWURF *von Werner Köhne*

**Am 1. November 1755 bebt in der Stadt Lissabon die Erde. Mindestens 35.000 Menschen sterben. Am 12. April 1912 notieren die Agenturen den Untergang des damals größten Schiffes, der Titanic, und lösen unter den Zeitgenossen Entsetzen aus. Am 11. September 2001 stürzen die beiden Türme des Welthandelszentrums in sich zusammen.**

Katastrophen: viele Tausende Jahre lang galten sie als Strafe Gottes. An diese Deutung mag keiner mehr glauben. Wir haben an die Stelle religiöser Deutung wissenschaftliche Erklärungen treten lassen. Je tiefer wir jedoch verstrickt sind in die Moderne, desto massiver drängt sich ein Verdacht auf: Wir selbst könnten Mitverursacher von Ereignissen sein, die wir als plötzlich über uns hereinbrechend erfahren. In den Schock mischt sich die Ahnung, dass eintritt, was die Phantasie schon ausmalte.

Nehmen wir hier den ersten Fall: das Erdbeben von Lissabon. Mit dem physischen wurde damals auch ein geistiges Beben ausgelöst. Voltaire schreibt unter dem Eindruck des Unglücks ein Gedicht, mit dem er sich gegen alle theologischen Rechtfertigungsversuche zum Anwalt des leidenden und skeptischen Individuums macht. Rousseau hingegen legitimiert die Katastrophe aus der Idee einer göttlichen Ordnung, aber er rückt seine Argumente in den Horizont einer modernen Zivilisationskritik.

Der Untergang der Titanic hingegen gilt als letzte große Erzählung, die sich die Moderne zutraut. Ein Ereignis, wie geschaffen für ein filmisches Drama, das seine Faszination aus Elementen des Unheimlichen gewinnt. Zum Vergleich dann 9/11. Das Ereignis steht bekanntlich für eine tiefgreifende Verwirrung unseres Wirklichkeitsverständnisses. Zum Einsturz geriet auch ein Denken, das sich zuvor auf der Grenze zwischen Realität und ihrer bildhaften Interpretation bewegt hatte.

Das Corona-Geschehen hingegen zwingt uns unter die falsche Signatur »Pandemie« und erzeugt schon so einen Schock, der kein Ereignis mehr braucht. Eine verordnete Imagination, ein Szenario, in dem die Wahrheit endgültig g e b e u g t wird.



# WHO: Demokratie- und verfassungsfeindlicher Albtraum

***Eine Warnung des Schweizer Rechtsanwalts Philipp Kruse zu den vorgeschlagenen Änderungen der Internationalen Gesundheitsvorschriften, die im Mai von der WHO-Vollversammlung beschlossen werden sollen.***

**Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) zeigt unverblümt, wohin die Reise geht: In eine totalitäre Dystopie ohne Grundrechte – im Namen der Gesundheit.**

Ausnahmezustand und Notrecht sollen die neue Norm werden; Menschenrechte werden in Pandemien nicht mehr geschützt; die Gesundheitsdiktatur gibt sich keine Mühe mehr, sich noch zu tarnen.

Der WHO-Generalsekretär soll de facto unbegrenzte Machtbefugnisse zur Ausrufung (und zur Perpetuierung) von Gesundheitsnotständen erhalten. Ob diese wirklich notwendig und gerechtfertigt sind, interessiert niemanden.

Gleichzeitig erhält er neu (im Ergebnis) die Kompetenz, nicht nur die verfassungsmäßigen Grundordnungen aller Staaten (Gewaltentrennung; Legalitätsprinzip und so weiter) auf einen Schlag außer Kraft zu setzen, sondern auch die klassischen Schutzrechte der Individuen. Mit einem Wort: »L'État, c'est WHO! – Der Staat ist die WHO!«

#### WER DIESE WARNSIGNALE NICHT ERKENNT, DEM IST WIRKLICH NICHT MEHR ZU HELFEN.

Deutlicher kann man nicht zeigen, dass es der WHO längst nicht mehr um Gesundheit geht sondern um die Durchsetzung globaler Geschäftsinteressen von Big Pharma- und Big IT-Kartellen und letztlich um die totale Kontrolle der Menschheit.

Von *Checks & Balances* (Gewaltentrennung; Rechenschaftspflicht; Kontrolle der Verantwortlichen), also den Grundprinzipien einer »Good Governance«: keine Spur.

Bisher galten die Grundrechte dank Artikel 3. Absatz 1 der Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV) wenigstens noch auf dem Papier. Nach dem Willen der WHO-Arbeitsgruppe sollen sie bald nicht einmal mehr dort verankert sein.

#### EIN WEITERES MAL BESTÄTIGEN SICH DIE SCHLIMMSTEN BEFÜRCHTUNGEN VON WHO-KRITIKERN ALLER LÄNDER.

Das einzig Gute: Der Spuk wird so für jedermann erkennbar. Die diversen Änderungen in Art. 3 Abs. 1 und in Art. 12 IGV können auch von desinteressierte Politikern und Staatsmedien nicht weggeleugnet werden. Ein schwacher Trost ... denn zukünftig wird eine kleine Clique demokratisch nicht legitimierter Technokraten über das Schicksal der Menschen in aller Welt entscheiden. Wie bereits seit 2020 über weite Strecken geschehen, kann der WHO-Generalsekretär mit seinen Hintermännern die nationalen Verfassungen quasi auf Knopfdruck dauerhaft außer Kraft setzen.




Gemeinsam die WHO-Technokraten entmachten. Foto: Georgi Belickin

Weder staatliche Instanzen noch Bürgerorganisationen werden ungerechtfertigte WHO-Pandemien jemals beenden, noch sich unnötigen »Empfehlungen« widersetzen können.

Und wenn die Mitgliedstaaten dann die »Impfziele« der WHO umsetzen, werden die nationalen Verfassungen, der Nürnberger Codex und der UN-Pakt für bürgerliche und politische Rechte keinem Menschen mehr helfen, das Recht auf körperliche Selbstbestimmung durchzusetzen. »Impfziele der WHO« erhalten damit de facto die Rechtsverbindlichkeit militärischer Befehle und werden ebenso kompromisslos durchgesetzt werden.

Dasselbe wird für »WHO-Empfehlungen« betreffend Masken- und Testpflicht, betreffend Zutrittsbeschränkungen und *Lockdowns* gelten. Und seien wir ehrlich: All dies war bereits »unter COVID-19« über weite Strecken unsere globale Realität. Diese gesamte demokratie- und verfassungsfeindliche Entwicklung »im Namen der Gesundheit« blenden unsere Volksvertreter und unsere Staatsmedien seit März 2020 mit viel Aufwand aus, ja befördern diese weiterhin. Und gleichzeitig wenden sie sich ab von der Realität der Impfopfer von mRNA-»Impfungen«. Obwohl die öffentliche Gesundheit hier tatsächlich auf dem Spiel steht!

So werden unsere Gesundheit, unsere Demokratie, unser Rechtsschutz und unsere verfassungsmäßige Grundordnung in Zukunft der WHO (und den unersättlichen Interessen globaler Big Pharma- und anderen Kartelle) noch vollständig geopfert werden.

Es sei denn, wir treten diesem demokratie- und verfassungsfeindlichen Albtraum mit aller Klarheit und Entschlossenheit endlich in großer Zahl entgegen! Der Austritt aus der WHO und eine gründliche Untersuchung ihrer Machenschaften sind unvermeidlich.

*Dieser Text ist zuerst auf dem Telegram-Kanal t.me/philippkruse erschienen.*

Quelle: Statistisches Bundesamt

**Sterbefallzahlen Deutschland**

| | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 |
|---|---|---|---|---|
| Jan. | 85.105 | 84.980 | 106.803 | 89.265 |
| Feb. | 81.009 | 80.030 | 82.191 | 82.624 |
| Mär. | 86.739 | 87.396 | 81.901 | 93.510 |
| Apr. | 77.410 | 83.830 | 81.877 | 85.930 |
| Mai | 75.669 | 75.835 | 80.876 | 81.418 |
| Jun. | 73.483 | 72.159 | 76.836 | 81.418 |
| Jul. | 76.926 | 73.795 | 76.704 | 85.055 |
| Aug. | 73.444 | 78.742 | 76.402 | 85.542 |
| Sep. | 71.022 | 74.243 | 77.931 | 80.209 |
| Okt. | 77.006 | 79.781 | 85.080 | 93.285 |
| Nov. | 78.378 | 85.989 | 93.915 | |
| Dez. | 83.329 | 108.792 | 103.171 | |
| insgesamt | 939.520 | 985.572 | 1.023.687 | 855.740 |

## WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

*Oben sehen Sie die Sterbefallzahlen im Vergleich der Jahre. Es wird klar: Es gab nie eine gemeingefährliche Seuche. Für Oktober 2022 wurde ein Anstieg von 19 Prozent der Sterbefälle im Vergleich der Vorjahre gemeldet. Der Grund: Die Injektionen.*

*Die Sterbefälle halten sich im Jahr 2020 im Rahmen der Vorjahre. Zieht man die Geburtenstärke der Jahrgänge um 1940 in die Berechnung mit ein, hatten wir sogar eine Untersterblichkeit. Erst mit dem Beginn der Impfkampagne im Dezember 2020 zieht die Übersterblichkeit im Jahr 2021 an. Ebenso nehmen die Kollateralschäden der Maßnahmen zu. Die Zahlen sind die aktuellen des Statistischen Bundesamtes.*

## MELDUNG

#### ÖSTERREICH: VERZWEIFLUNGSTAT EINES UNTERNEHMERS?

Wien/DW. Vor dem Hauptgebäude der Wirtschaftskammer in der österreichischen Hauptstadt hat sich am 3. Januar ein Mann selbst in Brand gesteckt. Wie das Nachrichtenportal Report24.news berichtet, soll es sich dabei um einen verzweifelten Unternehmer handeln. Und weiter: »Augenzeugen und Mitarbeiter der Wirtschaftskammer sollen auch eingeschritten sein und dem Mann, zumindest vorläufig, das Leben gerettet haben. Es gelang ihnen, die Flammen auszudämpfen – dennoch wurde er am ganzen Körper verbrannt und lebensgefährlich verletzt. Sollte er überleben, wird er auf Dauer gezeichnet bleiben.« (sma)

#### IMPFTOTE IN BRD KAUM ERFASST

Wiesbaden/DW. Das Statistische Bundesamt beziehungsweise der Gesetzgeber versuchen weiterhin, die Injektionstoten zu verschleiern. In einer Online-Verlautbarung der Behörde hieß es am 16. Dezember: »Im Rahmen der Todesursachenstatistik dürfen nur gesetzliche festgelegte Informationen erhoben werden. Der Impfstatus gehört nicht dazu.« Damit wird die bewiesene Ursache der drastisch steigenden Sterberaten (siehe medizinische Grafik auf dieser Seite) in der BRD weiterhin nicht in die staatliche Statistik aufgenommen. Während im vermeintlichen Seuchenjahr 2020 keine erheblichen Unterschiede zu den Vorjahren feststellbar gewesen waren, zieht die Übersterblichkeit seit Beginn der Injektionen erheblich an. In der BRD gibt es mindestens 2,5 Millionen Impfgeschädigte. (bnd)

#### LAUTERBACH KÜNDIGT NEUEN VIRUS AN

Hamburg/DW. Laut Meldung der Nachrichtenillustrierten Der Spiegel hat Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) eine neue Variante des Coronavirus angekündigt. Diese verbreite sich derzeit stark in den USA. Laut WHO sei die Variante XBB.1.5. die »bisher ansteckendste Subvariante«. (ale)

#### BRD MUSS 375 MILLIONEN BIONTECH-DOSEN KAUFEN

Berlin/DW. Der Gesetzgeber hat die BRD verpflichtet, mindestens 375 Millionen Dosen Corona-Impfstoff abzunehmen. Die AfD-Fraktion im Bundestag hatte eine Anfrage gestellt, auf die der Bundestag antworten musste. Demzufolge ist die BRD vertraglich verpflichtet gewesen, 283 Millionen Impfdosen zu kaufen, eine weitere Abnahmeverpflichtung besteht laut Auskunft des Bundestages für weitere 92, 4 Millionen Dosen. Der Preis für die Ware unterliege jedoch der »vertraglichen Vertraulichkeit« und dürfe öffentlich nicht bekanntgegeben werden. (ale)

## MELDUNG

### BERLINER WAHLWIEDERHOLUNG

Berlin/DW. Am 12. Februar 2023 will das BRD-Regime in Berlin eine Wahlveranstaltung der Parteien durchführen. Im Zusammenhang mit dem Wahlkampf werden weitere Unruhen in Berlin erwartet, die sich gegen das Spritzengenozid- und Kriegsregime richten. Der Verfassungsgerichtshof von Berlin hatte am 16. November die Wahl zum 18. Abgeordnetenhaus für ungültig erklärt und eine Wiederholungswahl binnen 90 Tagen angeordnet. Am Wahltag 26. September 2021 war es in Berlin zu einem völligen Chaos in den Wahllokalen gekommen (DW berichtete). Ob auch die zeitgleich stattfindende Bundestagswahl wiederholt werden muss, ist noch offen. Der Volksentscheid zur Enteignung von Vermietungskonzernen durch die Initiative Deutsche Wohnen & Co enteignen wurde vom Verfassungsgericht nicht für ungültig erklärt, er hat Bestand. Die unter anderem in das Corona-Verbrechen verstrickte »rot-rot-grüne« Berliner Regierungskoalition weigert sich derzeit jedoch, diesen durchzuführen. (ale)

### BALLWEG WEITER POLITISCHER GEFANGENER

Stuttgart/DW. Dr. Alexander Christ, der anwaltliche Verteidiger des Bürgerrechtlers und Erfinders des »Freedom Phones« Michael Ballweg, teilte am 3. Januar mit: »Das Oberlandesgericht Stuttgart hat die Fortdauer der Untersuchungshaft von Michael Ballweg angeordnet. Im Beschluss vom 2. Januar 2023 sind sämtliche Argumente und Nachweise der Verteidigung vollständig ignoriert worden. Auch hat der Beschuldigte keine Akteneinsicht erhalten.« Michael Ballweg war am 26. Juni 2022 vom BRD-Regime abgeholt worden und wird seitdem in der Justizvollzugsanstalt Stuttgart-Stammheim ohne reguläre Anklage und unter Bruch mit sämtlichen internationalen und nationalen Rechtsvorgaben festgehalten. (red)

# Was ist mit den »Linken« los?

KOMMENTAR von Gordon Pankalla




Demokratie hat viele Gesichter. Auf allen Demonstrationen – hier in Berlin – wird über Lösungen diskutiert und abgestimmt. Foto: Georgi Belickin

**Das Grundgesetz kennt keine Unterscheidung zwischen links und rechts. Wenn nun Uli Gellermann in einem Beitrag auf apolut.net meint, dass diese Begriffe aus der französischen Revolution stammen, dann wird ihm auch nicht verborgen geblieben sein, dass auch Begriffe in der »Zeitenwende« gerne umgedreht werden, um ihr wahres Gesicht zu verschleiern.**

Die illegale Einwanderung in das deutsche Sozialsystem ist nämlich weder ein rechtes noch ein linkes Thema, sondern es ist, was es ist: rechtswidrig. Der deutsche Staat hat nur längst davor kapituliert, Recht auch einhalten zu können, und so wird aus Illegalität Legalität gemacht, um das eigene Versagen zu vertuschen, wie das neue »Chancen-Aufenthaltsrecht« zeigt.

In der aktuellen Diskussion um das Bürgergeld waren es die Parteien CDU und AfD, die sich gegen die Erhöhung der Regelsätze ausgesprochen haben, immer mit der Argumentation: »Dann lohnt es sich nicht mehr zu arbeiten.« Ja, sicherlich lohnt es sich nicht mehr zu arbeiten, aber das ist nicht die Schuld der Menschen, die in diesem Land keine Arbeit mehr finden, oder eben nur Jobs, von denen sie nicht mehr leben können. Nun kann man natürlich gegen alle Statistiken behaupten, man müsse immer mehr Menschen ins Land holen, weil angeblich Facharbeiter fehlten. Man könnte aber auch die Wahrheit sagen: »Es finden sich keine Facharbeiter, die bereit sind, in diesen chronisch unterbezahlten Jobs zu arbeiten.« Stattdessen setzt man auf Flüchtlinge, die um zu überleben jede Arbeit annehmen. Das ist keine linke Position, sondern Kapitalismus pur.

### VERFASSUNGSWIDRIG NIEDRIGE SOZIALLEISTUNGEN

Wenn man sich also damit abgefunden hat, dass Sozialstaat und schöne neue Begriffe wie Bürgergeld nichts anderes mehr bedeuten, als verfassungswidrig niedrige Sozialleistungen (Sozialverbände fordern 150 Euro mehr) und die Aussage des Ex-Bundespräsidenten Gauck »unser Herz ist groß, aber unsere Möglichkeiten begrenzt« vergessen hat, dann könnte man all diese Argumente als »rechts« bezeichnen, man könnte sie aber auch als »links« bezeichnen – dazu müssten die Linken den Sozialstaat vor dem totalen Untergang aber wirklich schützen wollen.

Hintergrund sind immer wieder die Unzulänglichkeiten des deutschen Asylsystems und die Frage, ob man Zuwanderung über Flüchtlinge, die nur ein temporäres Aufenthaltsrecht haben, steuern möchte. Diese Problematik wurde bisher weder von links noch von rechts hinreichend gelöst. Gellermanns Aussage, dass »das Recht politischer Flüchtlinge auf politisches Asyl« verteidigt werden muss, zeigt gleich zwei Dinge auf: Erstens hat er den großen Unterschied zwischen Flüchtlingen und Asylberechtigten bis heute nicht verstanden, und zweitens schließt er sich dem herrschenden politischen Narrativ an, dass Kritiker illegaler Einwanderung vermeintlich gegen Menschen seien, die nach deutschem Recht einen legitimen Anspruch darauf haben, in Deutschland Schutz vor politischer Verfolgung zu erhalten.

Eine Zeitung wie der Demokratische Widerstand muss demokratische Positionen vertreten. Ganz schlecht wäre es, Probleme nicht mehr zu benennen, das machen schon genügend andere Gazetten. Es handelt sich daher auch um kein Sozial-*Bashing*, wenn Sozialmissbrauch offen angesprochen wird, sondern um eine notwendige Zustandsbeschreibung.

Das gilt auch für die sogenannte »Transvestitenpolitik«. Wenn gegen Menschen für die Aussage »Mann ist Mann, und Frau ist Frau« von der Berliner Polizei ermittelt wird, dann zeigt dies, dass es im Kern der Diskussion nicht um Gleichberechtigung oder Akzeptanz von Trans-Menschen geht, sondern um eine staatlich vorgegebene Verengung der Meinungsfreiheit. Wer also für Weltoffenheit und Meinungsfreiheit steht, der muss an der Stelle sagen dürfen: »Ich lasse mir meine Meinung nicht von einer Regierung vorgeben.«

Eine Möglichkeit wäre ja auch, dass politische Parteien, die sich selbst als »links« bezeichnen, aufgrund der Kritik wieder echte linke Positionen einnehmen, wie Meinungsfreiheit, Toleranz, Sozialstaatlichkeit oder Friedenspolitik.

# SCHWULE UND RECHTE

KOMMENTAR von Paul Brandenburg

**Wie manche Männer an Schwulen scheitern, ist grandios. Kluge Männer eigentlich. Selbstsicher scheinbar. Unvermittelt bekunden sie, wie abstoßend Schwule doch seien. Keiner solle sich je trauen, bei ihnen einen Annäherungsversuch zu unternehmen. Nicht, dass einer das vorgehabt hätte.**

Die Bekundung jedenfalls schließt meist mit gemurmelten Schimpfworten und einem Kopfschütteln: »Mich werden die mit ihrem schädlichen Einfluss niemals *umdrehen*.« Ob diese Männer Momente haben, in denen sie erahnen, welch unbewältigter Konflikt sie lenkt? Aufklärung durch ihre Zuhörer erfahren sie meist nicht. Ein Teil der Ohrenzeugen lächelt nur mitleidig in dem Wissen, dass jeder Erklärungsversuch abgewehrt würde. Dem Großteil hingegen fehlt jedes Interesse am Thema. Mit dem eigenen Leben hat es jedenfalls nichts zu tun. Der Rechte ist in dieser Weise der Schwule des Herrengutmenschen. In Deutschland soll mit dem Etikett *rechts* eine »krankhafte« Gesinnung unterstellt werden. Den Bezeichneten soll es in Bezug zum Nationalsozialismus setzen – zu Menschenhass und Mord – und ihn so unmöglich machen. Freilich nur indirekt, denn jeglicher Beleg für diese Nähe fehlt notwendigerweise. Existierte dieser Nachweis, hielte sich der Denunziant mit dem unbestimmten *rechts* gar nicht erst auf. Ganz so wie beim Beschimpfen von Schwulen. Denn was die »zu Hause machen« sei dem Bekundungshetero ja offiziell auch »ganz egal«. Das billige er ihnen ja zu. Es gehe ihm ja lediglich um die Abwehr »drohender Übergriffe« auf andere.

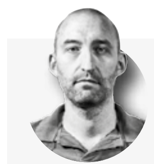
Auf dieselbe Weise streben die Herrengutmenschen nach der »Entlarvung« rechter Argumente oder »Entwicklungen«. Angeblich geht es ihnen um die Abwendung unweigerlich folgender Übergriffe auf eine »gefährdete« Mehrheit. Es gehe ihnen um die Abwendung einer sozialen Zersetzung, die drohe, sollte den Rechten nicht Einhalt geboten werden. Das ist nichts anderes als die Entmenschlichung des Andersdenkenden.

### AUS ANGST VOR KONTROLLVERLUST

Wer ein Argument durch Etikettierung mit *rechts* oder *links* zu entwerten versucht, dem fehlt es an einem hinreichenden Gegenargument. Der Denunziant des *Rechten* möchte dem Denunzierten einer vermuteten Mehrheit gegenüber das Existenzrecht absprechen. Auch das Motiv für die Diffamierung ist offenkundig: die Angst vor Kontrollverlust. Ein Kontrollverlust infolge des Einbruchs abgespaltener Realitäten in die eigene Vorstellungswelt. Entscheidend für den Denunzianten ist nicht, was der *Rechte* objektiv sagt oder wie er nachweislich handelt. Entscheidend ist allein der *Gesinnungsunwert*, der durch die Andeutung einer Nähe zu den nationalsozialistischen Mördern unterstellt werden soll.

Die vergangenen drei Jahren beweisen allerdings hinreichend, dass der Kampfbegriff *rechts* sich in Deutschland vom historischen Ursprung weitgehend gelöst hat. Er steht heute für alles, was sein Verwender im politischen Streit zu tabuisieren sucht. Die Verwendung dieses Begriffs dient der Spaltung sowie der Vernichtung Andersdenkender. Und es sind zuverlässig die moralisch Schwächsten, die noch zu ihm greifen.

Wie fast alles umfasst auch die Demokratie ein Spektrum. Man kann dieses nach wie vor in *links* und *rechts* unterteilen, und man kann nach wie vor der einen Seite den Vorzug über die andere geben. Demokratie aber beinhaltet notwendigerweise alle Meinungen und Haltungen, die der anderen Seite dieselbe Existenzberechtigung und Redlichkeit zugestehen. Linke sowie Rechte, die der anderen Seite den Wert absprechen, schließt sie hingegen definitionsgemäß aus. Wer heutzutage noch meint, der Begriff *rechts* tauge zur Ausgrenzung, wer glaubt, Demokratie sei unter Ausschluss der Rechten möglich, der hat seine Zeit verpasst und die Demokratiebewegung nicht verstanden.



Dr. Paul Brandenburg ist Journalist, Arzt und Publizist in Berlin. Er betreibt die Seite *PaulBrandenburg.com.*

# Denunzianten!

***Zum Versagen linker Kritik und Organisation***
Von Almuth Bruder-Bezzel und Klaus-Jürgen Bruder



Nicht nur von den »Linken« auch von vielen ehemals seriösen Medien wird die kritische Bevölkerung im Stich gelassen und diffamiert.
Foto: Georgi Belickin

**Den Linken, zum Beispiel denen der *jungen Welt*, fällt ihr eigenes Denunziantentum während des Coronaregimes auf die Füße. Georg Maier, SPD Innenminister aus Thüringen, wird in der Tageszeitung *jungen Welt* vom 31. Dezember 2022 mit der triumphierenden Äußerung zitiert, der »heiße Herbst hat nicht stattgefunden«, der Staat habe sich auf das befürchtete »Protestszenario gut vorbereitet«, indem er bereits im Sommer die von ihm befürchtete Protestwelle »pauschal als ›rechts‹ oder aber zumindest als ›extremistisch‹ beeinflusst zu denunzieren« begonnen hatte. Das aber war ja nicht neu. Der Staat hat es gegen den Widerstand gegen das Coronaregime bereits eingeübt – was die junge Welt geflissentlich übergeht, weil es sie nun selbst trifft. »Erfolgreiche Denunziation« überschreibt der *junge-Welt*-Autor Nico Popp seinen Beitrag in der Reihe Jahresrückblick vom 31. Dezember 2022.**

Damals hatten die Linken bedenkenlos mitgemacht, was sie heute am eigenen Leibe erfahren. Ihre Kritik wäre vollkommen nachvollziehbar, wäre sie nicht verspätet, nein, wäre sie als Selbstkritik erkennbar. Davon ist aber dieser Autor weit entfernt – womit er sich nicht von den übrigen Linken unterscheidet. Dass beinahe die gesamte Linke, als es darauf angekommen war, Flagge zu zeigen, auf die andere Seite gefallen war, dass sie, indem sie den spontanen Protest der Bevölkerung, statt sich an deren Spitze zu stellen, im Stich gelassen hat, ja dass sie ihn als »rechts« diffamiert hat, kommt mit keiner Silbe vor – entsprechend den staatlichen Vorgaben.

Stattdessen das übliche ceterum censeo »in diesem Land werde jede ›spontane‹ politische Aktivierung fast automatisch nach rechts erfolgen« – die staatliche Denunziation habe lediglich diesen Umstand »geschickt ausgenutzt«. Dass sie erst dazu gemacht wurde, gerade durch die staatliche und von den Linken beförderte/unterstützte Denunziation, und zwar vom ersten Tag an, als die von niemand erwartete Demonstration gegen das »Hygiene«-Regime auf dem Rosa-Luxemburg-Platz begann, erwähnt er nicht. Bereits hier waren sich alle, die nicht »spontan protestierten«, einig, dass es sich um eine Ansammlung von Rechten handeln musste.

### ANTIFASCHISTISCHE STAATSRÄSON UND DEREN FASCHISTISCHE AUSBEUTUNG

Dieses Muster, dieses, wie man heute sagt, Narrativ, wurde tatsächlich lange vorbereitet. Es liegt bereits in der als antifaschistisch deklarierten Staatsräson vor. Diese Staatsräson erlebte ihren ersten großen Sieg in der Rechtfertigung der Beteiligung der BRD am Krieg gegen Jugoslawien als Krieg – durch SPD und Grüne – gegen die Drohung des Auferstehens eines neuen Faschismus, mit der Parole »Nie wieder Auschwitz!«. Damit war Tür und Tor geöffnet, um Kritik am Regierungshandeln als antisemitisch denunzieren zu können. Wir haben es bei den Pegida-Protesten gesehen, die ebenso wie die Proteste gegen das Hygiene-Regime, von Anfang an als rechts eingeordnet worden waren – statt diese Proteste von linker Seite aus zu unterstützen und ihnen eine linke Perspektive, beziehungsweise Artikulation zu eröffnen. Dass sich davon wirkliche Rechte eingeladen oder aufgefordert fühlen, erscheint so folgerichtig, wie – zumindest durch den Staatsapparat – beabsichtigt. Das darf uns keineswegs dazu verleiten, mit ihnen zu paktieren, denn diese Rechten vertreten noch ganz andere Interessen, wie neoliberale Politik, Fremdenfeindlichkeit und Nato-Freundlichkeit und anderes.

Dass dieses Narrativ vom »rechten Protest« von Linken mitgetragen, ja forciert worden war, hat nicht zuletzt mit ihrem Wunsch, beziehungsweise Programm der Regierungsbeteiligung zu tun, nicht nur, nicht erst mit der Linkspartei, sondern bereits bei den Grünen, die sich ja vor langer Zeit als links verstanden hatten. Der Wunsch nach Regierungsbeteiligung hat wiederum mit der Parlamentarisierung des Protests zu tun. War der Einstieg in diese Parlamentarisierung ursprünglich mit dem Versprechen verbunden, die außerparlamentarische Opposition, als die sie 1968 begonnen hatte und erfolgreich das Bewusstsein der Bundesrepublik verändert hatte, im Parlament zu vertreten, so hat die parlamentarische Maschine, die ihr Eigengewicht entwickelt hatte, immer mehr die Vernachlässigung bis zur entschiedenen Ablehnung außerparlamentarischer Aktionen befördert. Dieser Zeitgeist hat immer mehr Linke, auch außerhalb der Linkspartei und der Grünen Partei erfasst. Parallel dazu der Rückzug von außerparlamentarischen Aktionen bis zur feindseligen Ablehnung, Bekämpfung.

Ein nur scheinbares Paradox: Die Bevölkerung, die – ohne von der Linken aufgefordert worden zu sein – ihren Protest auf die Straße trägt, wird von den Linken im Stich gelassen. Erst wenn sie, die Bevölkerung, durch den Verrat der Linken entmächtigt wieder die Opferrolle einnimmt – Existenzprobleme infolge der *Lockdowns*, Inflation und Sanktionspolitik – kann sich die Linke ihr wieder zuwenden: In ihrer traditionellen Rolle des paternalistischen Anklägers des Elends der Welt des Kapitalismus, ohne die politischen Eingriffe, die dazu geführt haben, zu benennen.


**Klaus-Jürgen Bruder ist Psychologieprofessor an der FU Berlin und Vorsitzender der Neuen Gesellschaft für Psychologie.**

# UND JÄHRLICH GRÜSST DER MACHTAUSBAU

***Unsere Machthaber halten auch 2023 an ihrem Kurs fest.*** | Von Hendrik Sodenkamp

**Christian Drosten erklärte pünktlich zu Weihnachten, am 25. Dezember 2022, die Corona-Pandemie für beendet. Ein Weihnachtsgeschenk also an uns Menschenkindlein. Ein paar dünne Worte ohne Nachdruck wurden von Parteipolitikern abgegeben, dass man nun dann sämtliche Maßnahmen beenden müsse, aber das war schnell vorbei.**

Mit dem Verweis darauf, dass China nun nach Aufständen der Bevölkerung seine Coronapolitik aufgegeben habe und nun wieder gefährliche Virusvarianten potentiell wahrscheinlich seien, wurde zur Tagesordnung übergegangen. Die Grundrechtseinschränkungen bleiben bestehen, auch ohne regierungsamtlich verkündete Grundlage, weil in China ein DNS-Strang umkippen könnte.

### STAAT RÜSTET AUF UND BÜRGER AB

Die Bundesinnenministerin Nancy Fäser (SPD) setzt derweil auf die vollständige Entwaffnung der überaus unbewaffneten Bevölkerung. Statt durch Abwägen, Einlenken und demokratische Öffnung den politischen Forderungen weiter Teile der Bevölkerung nachzukommen und die Kriegspolitik zu beenden, fordert sie das Verbot von halbautomatischen Waffen für Privatpersonen, also Bürger. Als Grund nennt sie die Putsch-Inszenierung des Prinzen und seiner Entourage. Mitte Dezember musste die *Tagesschau* noch anerkennen, dass »bei der Gruppe keine derartigen Waffen gefunden wurden«, zwei Wochen später ist das dann aber schon nicht mehr so wichtig.

Die Entwaffnung soll aber noch weiter gehen. Erneut unter dem Vorwand der Fürsorge und des Schutzes kritischer Infrastruktur wird über das Verbot von Feuerwerkskörpern an Silvester gesprochen. Zwei Jahre Verbot sind der Regierung nicht genug. Anlass gaben Szenen, die in Berlin seit Jahren zu beobachten sind, nämlich den Einsatz von Feuerwerkskörpern gegen Polizei und Feuerwehr durch enthemmte Feierabendjugendliche, die ihren Frust und ihre Gewaltlust ausleben. Das Politikbild wird auch hier klar: Die Bevölkerung ist gefährlich, durch die Bank gewaltbereit und kann durch unsere Eliten und ihre Truppen in Schach gehalten werden. Unsere Regierung ist längst im Bürgerkrieg gegen das Volk, von dem sie meint, dass sie es nicht mehr mit Gesprächsangeboten, Geldzahlungen und Repräsentationssimulation beherrschen kann und so auch nicht mehr herrschen will.

### STÄRKE DURCH EINHEIT EINHEIT DURCH STÄRKE

So kann auch die Kriegsneujahrsansprache des deutschen Anführers Olaf Scholz (SPD) verstanden werden, der Einigkeit beschwor. Einigkeit der Nato und Einigkeit der Bevölkerung, die ihre Kampfmoral unter Beweis gestellt hätte. Bravo! Die Option, in der Ukraine keinen Stellvertreterkrieg gegen Russland zu führen, keine Waffen in den Krieg zu liefern, um ihn so nicht zu befeuern, die Verarmung der eigenen Bevölkerung nicht voranzutreiben, ging bei ihm glatt als wehrkraftzersetzend durch. »Macht einfach nichts, haltet die Füße still«, lautet der Befehl an die Bevölkerung, »dann können wir hier schalten und walten, wie wir wollen«. Auch Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier (ebenfalls SPD) beschwor in seinem Sermon zum neuen Jahr die Einheit der Nation. Die »Unterstützung« der Ukraine ist für ihn keine politische Entscheidung, sondern gar »ein Gebot der Menschlichkeit« – ein Auftrag von ganz oben also.

Auch zum Klima hat er einen Appell an die Menschen in Deutschland: »Ich wünsche mir, dass die Älteren auch spät im Leben noch einmal bereit sind, sich zu verändern«, niemand soll sich also öffentlich gegen Deindustrialiserung aussprechen, und weiter: »Und dass die Jüngeren sich engagieren, dass sie kritisch sind – ohne der Sache des Klimaschutzes zu schaden, indem sie andere gegen sich aufbringen.« Die Klimaaktivsten, die in Bayern auch gerne schon einmal einfach verhaftet und verknackt werden, weil sie in Zukunft etwas tun *könnten,* sollen also die Füße stillhalten, kritisch aus ihren Köpfchen herausgucken und die Regierung und ihre »Experten« einfach machen lassen. Jede Form von Widerstand, von Protest und von Einflussnahme von unten soll verboten, zum Verbrechen und zum Gewaltakt gegen die heilige Ordnung unserer Herrschaftskaste gemacht werden. Und so startet das neue Jahr.



Ein Demokrat vergangenen Dezember in Berlin. Foto: Georgi Belickin



## Leuchtturm ARD - ORF - SRG

**AACHEN:** Donnerstag ab 16 • WDR Studio • Karmeliterstraße 1-3
**AMBERG:** Donnerstag ab 17 • Amberger Zeitung • Mühlgasse 2
**AUGSBURG:** Samstag 15.30 • Augsburger Allg. • Maximilianstr. 3
**BADEN-BADEN:** Donnerstag ab 13 • Badener Tagblatt • Wilhelmstr./Langestr.
**BERLIN:** Donnerstag ab 18 • RBB Studio • Masurenallee
**CHEMNITZ:** Montag ab 18 • MDR Sachsenspiegel • Carolastr. 4-6
**DORNBIRN:** Donnerstag ab 14 • ORF Vorarlberg • Rundfunkplatz 1
**FLENSBURG:** Donnerstag ab 17 • NDR Studio • Friedrich-Ebert-Str 1
**FRANKFURT:** Donnerstag ab 15 • HR Studio • Bertramstr. 8
**FREIBURG:** Donnerstag ab 16 • SWR Studio • Kartäuserstr. 45
**FÜSSEN:** Freitag ab 15 • Allgäuer Zeitung • Kaiser-Max-Platz 3
**HAMBURG:** Donnerstag ab 17 • NDR Studio Rothenbaumchaussee 132
**KEMPTEN:** Donnerstag 17.40 • BR Rundfunk • Siegmund Ullmann Platz
**KIEL:** Mittwoch 16.30 • NDR Studio • Schlossplatz 3
**KÖLN:** Donnerstag ab 17 • WDR Studio • Appellhofplatz 1
**LANDAU:** Donnerstag ab 15 • Rheinpfalz • Ostbahnstr. 12
**LANDSBERG:** Montag ab 18 • Landsberger Tagblatt • Hauptplatz
**LANDSHUT:** Donnerstag ab 16 • BR Studio • Altstadt 75
**LÜBECK:** Montag 17.45 • NDR Media • Docks Behnkai
**MAINZ:** Donnerstag ab 16 • ZDF Studio • ZDF-Str. 1
**MÜNCHEN:** Donnerstag ab 18 • BR Hochhaus • Hopfenstr. 5
**NÜRNBERG:** Donnerstag ab 16 • BR Studio • Wallensteinstr.
**POTSDAM:** Donnerstag ab 18 • RBB Studio • Marlene-Dietrich-Allee 20
**PRIEN:** Montag 18.30 • OVB Chiemgau • Rathausplatz
**ROSENHEIM:** Mittwoch ab 19 • OVB Heimatzeitung • Hafnerstr. 5-13
**SAARBRÜCKEN:** Mittwoch ab 16 • SR Saarland • St. Johanner Markt
**SCHWERIN:** Donnerstag ab 15 • NDR Landesstudio • Schlossgartenallee 61
**SIEGEN:** Donnerstag ab 17 • WDR Studio • Am Bahnhof 9
**WIESBADEN:** Donnerstag 15.30 • Wiesb. Kurier • Langgasse 21
**WÜRZBURG:** Donnerstag ab 15 • Bürgerdialog • Domplatz

## IMMER MONTAGS!

AHRENSBÖK,18 Uhr, am Rathaus – APOLDA, 18.30 Uhr, am Markplatz – ARTERN, 18 Uhr, am Geschwister-Scholl-Platz – BAD LOBENSTEIN, 19 Uhr am Marktplatz – BERLIN-KARLSHORST, 18.30 Uhr, Treskowallee Apotheke – BERLIN-LICHTENBERG, 18 Uhr, am Ringcenter 2 – BERLIN-PANKOW, 17.45 Uhr, Gethsemanekirche – BREMERHAVEN, 18 Uhr, am Rathaus – CLOPPENBURG, 18 Uhr, am Rathaus – DARMSTADT-ARLHEILGEN, 18 Uhr, am Löwenplatz –DIEPHOLZ, 17 Uhr, am Bremer Eck – DÜNWALD, 19 Uhr, vor der Gemeindeverwaltung – EMLICHHEIM, 18 Uhr, am Rathaus – KALTENNORDHEIM, 18 Uhr, am Treibplatz am Parkplatz Nähe Kirche – KÖNIGS WUSTERHAUSEN, 18 Uhr, am Kirchplatz – LAUENBERG, 18 Uhr, am Rathaus – LÜTJENBURG, 18 Uhr, am alten Rathaus – MAASHOLM, 18 Uhr, am Denkmal vor der Schifferkirche – NEUBRANDENBURG, 19 Uhr, am Marktplatz – ORANIENBURG, 18 Uhr, am Schlossplatz – OSTSTEINBECK, 18 Uhr, an der Bücherhalle – SCHLOSSVIPPACH, 19 Uhr, am Rathaus – WEISSENFELS, 18 Uhr, Jüdenstr/Ecke Markt.



## DEMOTERMINE DER VERFASSUNGSBEWEGUNG

Senden Sie uns die Termine Ihrer Veranstaltung an: veranstaltung@demokratischerwiderstand.de

| Datum/Uhrzeit | Ort | Art |
|---|---|---|
| Sa, 7.1.2023 17-20 Uhr | Augsburg, Ladehofstraße | Umzug |
| Sa, 7.1.2023 11-14 Uhr | Celle, Neumarkt | Umzug und Kundgebung |
| Sa, 7.1.2023 14-19 Uhr | Düsseldorf, Schadowplatz | Demo und Aufzug |
| Sa, 7.1.2023 15-18 Uhr | Eberbach, Leopoldsplatz | Zusammenkunft |
| Sa, 7.1.2023-2.2.2023 Rund um die Uhr | Berlin, im Domgarten/Museumsinsel/Friedrichsbrücke | Friedenscamp |
| Sa, 7.1.2023 15-16 Uhr | Hamburg, rund um die Binnenalster | Spaziergang |
| Sa, 7.1.2023 14:30-18 Uhr | Heidelberg, Neckarwiese Höhe Keplerstraße | Aufzug |
| Sa, 7.1.2023 15-17 Uhr | Krumbach (Schwaben), Stadtgarten | Spaziergang |
| Sa, 7.1.2023 16-19 Uhr | Salzwedel, Rathausturmplatz | Spaziergang |
| So, 8.1.2023 14-17 Uhr | Baden-Baden, Augustaplatz | Demoaufzug |
| So, 8.1.2023 14-18 Uhr | Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz | Demo und Aufzug |
| So, 8.1.2023 18-20 Uhr | Falkensee, Alte Stadthalle | Gottesdienst |
| So, 8.1.2023 14:30-17 Uhr | Köln, Heumarkt | Kundgebung |
| Mo, 9.1.2023 19-20:30 Uhr | Aachen, Rathaus Markt | Spaziergang |
| Mo, 9.1.2023 18-20 Uhr | Anger/Oberbayern, Dorfplatz | Spaziergang |
| Mo, 9.1.2023 18-20 Uhr | Augsburg, wechselnde Startpunkte (bf-schwaben.de) | Spaziergang |
| Mo, 9.1.2023 18-20 Uhr | Bad Honnef/NRW, Rathausplatz | Spaziergang |
| Mo, 9.1.2023 18-21 Uhr | Bad Meinbach, Brunnnentempel | Spaziergang |
| Mo, 9.1.2023 19-20:30 Uhr | Bayern, Marktoberdorf am Marktplatz | Spaziergang |
| Mo, 9.1.2023 19-21 Uhr | Belgern/Sachsen, Markt | Spaziergang |
| Mo, 9.1.2023 18:30-21 Uhr | Berlin-Karlshorst, Treskowapotheke | Spaziergang |
| Mo, 9.1.2023 17:45-21 Uhr | Berlin-Pankow, Gethsemanekirche | Spaziergang |
| Mo, 9.1.2023 18-20 Uhr | Berlin-Lichtenberg, Frankfurter Allee- am Ringcenter II | Spaziergang |
| Mo, 9.1.2023 12-14 Uhr | Berlin-Wedding, Nordufer 20 | Mahnwache |
| Mo, 9.1.2023 18-20 Uhr | Bernau, am Rathaus | Spaziergang |
| Mo, 9.1.2023 18:30-21 Uhr | Brackenheim (Ba-Wü), Heilbronner/Bandhausstr. | Aufzug mit Abschlusskundgebung |
| Mo, 9.1.2023 19-21 Uhr | Cottbus, Oberkirche | Lichterspaziergang |
| Mo, 9.1.2023 17-20 Uhr | Darmstadt, Ludwigsplatz | Mahnwache |
| Mo, 9.1.2023 18-21 Uhr | Delmenhorst, Kiosk an der Graft | Spaziergang |
| Mo, 9.1.2023 18-20:30 Uhr | Dreieich, Bürgerpark | Spaziergang |
| Mo, 9.1.2023 18-21 Uhr | Duisburg, Rathaus am Burgplatz | Spaziergang |
| Mo, 9.1.2023 18-20 Uhr | Eberswalde, Marktplatz | Kundgebung |
| Mo, 9.1.2023 18:30-19 Uhr | Eichwalde, Bahnhofstr./Am Graben | Spaziergang |
| Mo, 9.1.2023 18-20 Uhr | Eisenhüttenstadt, Friedrich-Wolf-Theater | Spaziergang |
| Mo, 9.1.2023 18-20:30 Uhr | Erzhausen, Hessenplatz | Spaziergang |
| Mo, 9.1.2023 18-20 Uhr | Falkensee, alte Stadthalle | Spaziergang |
| Mo, 9.1.2023 18-20:30 Uhr | Frankfurt am Main, Am Römer | Spaziergang |
| Mo, 9.1.2023 18:30-21 Uhr | Gifhorn, Schillerplatz | Spaziergang |
| Mo, 9.1.2023 18:30-21 Uhr | Görlitz, Postplatz | Versammlung |
| Mo, 9.1.2023 19-21 Uhr | Greifswald, Mühlentor | Demo |
| Mo, 9.1.2023 19-21 Uhr | Hamburg, Blankeneser Marktplatz | Spaziergang |
| Mo, 9.1.2023 18-21 Uhr | Hamburg, Bergstedter Markt | Spaziergang |
| Mo, 9.1.2023 18-20 Uhr | Hameln, am Hochzeitshaus | Spaziergang |
| Mo, 9.1.2023 18:30-20 Uhr | Heidelberg, am Bismarckdenkmal | Spaziergang |
| Mo, 9.1.2023 19-21 Uhr | Hennef/Sieg, Rathaus | Spaziergang |
| Mo, 9.1.2023 18-19:30 Uhr | Jülich, Marktplatz | Spaziergang |
| Mo, 9.1.2023 18:30-20:30 Uhr | Kaiserslautern, Innenstadt | Spaziergang |
| Mo, 9.1.2023 18-20 Uhr | Konstanz, Augustinerplatz | Spaziergang |
| Mo, 9.1.2023 18-20 Uhr | Konstanz, Münsterplatz | Demoaufzug |
| Mo, 9.1.2023 18-20 Uhr | Korschenbroich, Eingang Stadtverwaltung | Spaziergang |
| Mo, 9.1.2023 18-21 Uhr | Köln, Roncalliplatz | Spaziergang |
| Mo, 9.1.2023 18-20 Uhr | Königs Wusterhausen, Kirchplatz | Spaziergang |
| Mo, 9.1.2023 18-20 Uhr | Landshut, Ländertorplatz | Spaziergang |
| Mo, 9.1.2023 18-21 Uhr | Leer/Ostfriesland, Denkmalsplatz | Spaziergang |
| Mo, 9.1.2023 19-21 Uhr | Lippstadt, Rathausplatz | Spaziergang |
| Mo, 9.1.2023 18-21 Uhr | Magdeburg, Domplatz | Demo |
| Mo, 9.1.2023 18-20 Uhr | Mannheim, Ehrenhof des Schlosses | Spaziergang |
| Mo, 9.1.2023 18-20 Uhr | Marbach am Neckar, Schillerdenkmal | Spaziergang |
| Mo, 9.1.2023 18-20 Uhr | March/Breisgau, Bürgerhaus | Spaziergang |
| Mo, 9.1.2023 19-21 Uhr | Norderstedt, Kino Spektrum | Spaziergang |
| Mo, 9.1.2023 18:30-20:30 Uhr | Nürnberg, Kornmarkt | Spaziergang |
| Mo, 9.1.2023 18-20 Uhr | Oldenburg, Rathausmarkt | Spaziergang |
| Mo, 9.1.2023 18-20 Uhr | Oranienburg, Schloßplatz | Kundgebung |
| Mo, 9.1.2023 17:30-20 Uhr | Osterrönfeld/Schleswig-Holstein, Bürgerzentrum | Spaziergang |
| Mo, 9.1.2023 18-20 Uhr | Pforzheim, Marktplatz | Spaziergang |
| Mo, 9.1.2023 18-20 Uhr | Potsdam, vor dem Filmmuseum | Mahnwache |
| Mo, 9.1.2023 19-21 Uhr | Prien am Chiemsee, vor dem Rathaus | Spaziergang |
| Mo, 9.1.2023 18-21 Uhr | Reinheim, Stadtpark | Spaziergang |
| Mo, 9.1.2023 18-20 Uhr | Rennerod, Hubertusplatz | Spaziergang |
| Mo, 9.1.2023 16:30-17:15 Uhr | Rostock, Stadthafen | Schildermahnwache |
| Mo, 9.1.2023 18-20 Uhr | Rotenburg (Wümme), Neuer Markt | Spaziergang |
| Mo, 9.1.2023 18-20 Uhr | Rottweil, Markt | Spaziergang |
| Mo, 9.1.2023 18-20 Uhr | Salzwedel, am Rathausplatz | Spaziergang |
| Mo, 9.1.2023 19-21 Uhr | Sauerlach/Bayern, Markt | Spaziergang |
| Mo, 9.1.2023 18-20 Uhr | Seeheim-Jungenheim, Rathaus | Demo |
| Mo, 9.1.2023 18-21 Uhr | Senftenberg, Marktplatz | Spaziergang |
| Mo, 9.1.2023 18-20 Uhr | Siegen, Jakob-Scheiner-Platz | Spaziergang |
| Mo, 9.1.2023 18:45-20:15 Uhr | Solingen, Am Neumarkt | Spaziergang |
| Mo, 9.1.2023 17-19 Uhr | Stadthagen, Marktplatz | Montagsdemo |
| Mo, 9.1.2023 18-21 Uhr | Stralsund, Olof-Palme-Platz | Kundgebung und Aufzug |
| Mo, 9.1.2023 18-19 Uhr | Sulz am Neckar, Marktplatz | Spaziergang |
| Mo, 9.1.2023 18-20 Uhr | Tettnang beim Bodensee, Rathausplatz | Spaziergang |
| Mo, 9.1.2023 18-20 Uhr | Vaterstetten in Oberbayern, Rathaus | Spaziergang |
| Mo, 9.1.2023 18:30-21 Uhr | Villingen-Schwenningen, Am Alten Rathaus | Spaziergang |
| Mo, 9.1.2023 18:30-20:30 Uhr | Walsrode/ Heidekreis, Rathaus | Spaziergang |
| Mo, 9.1.20232 18-21 Uhr | Wesseling/NRW, Sankt Germanus Kirche | Demo |
| Mo, 9.1.2023 18-20 Uhr | Wismar, Markt | Versammlung |
| Mo, 9.1.2023 19-21:30 Uhr | Zehdenick (Brandenburg), Marktplatz | Demo und Kundgebung |
| Di, 10.1.2023 16:30-18:00 Uhr | Berlin, Hermann-Ehlers-Platz und der Schlossstraße | Schilderaktion |
| Di, 10.1.2023 18-21 Uhr | Bernau bei Berlin, Rathaus | Spaziergang |
| Di, 10.1.2023 18-20 Uhr | Ortenberg/Hessen, Marktplatz | Spaziergang |
| Di, 10.1.2023 18-20 Uhr | Varel, Rathaus | Spaziergang |
| Di, 10.1.2023 19-21 Uhr | Wesel am Niederrhein, Martinistraße 6-8 | Spaziergang |
| Di, 10.1.2023 19-21 Uhr | Wolgast, Am Kai | Demoaufzug |
| Mi, 11.1.2023 19-21 Uhr | Geisa, Am Kulturhaus | Spaziergang |
| Mi, 11.1.2023 18-20 Uhr | Heidelberg, Schwanenteichanlage | Demo |
| Mi, 11.1.2023 17-19 Uhr | Landshut, Martinskirche | Andacht |
| Mi, 11.1.2023 19-21 Uhr | Mehrhoog/NRW, Begegnungsstätte | Demo |
| Mi, 11.1.2023 18-21 Uhr | München, Odeonsplatz | Umzug |
| Mi, 11.1.2023 19-21 Uhr | Naumburg (Saale), Vogelwiese | Offenes Mikrofon |
| Mi, 11.1.2023 18-19:30 Uhr | Neckarsulm, Felix-Wankel-Straße/Marktstraße | Treffen |
| Mi, 11.1.2023 19-20:30 Uhr | Neckartailfingen, Schulhof Liebenauschule | Spaziergang |
| Mi, 11.1.2023 19-20:30 Uhr | Schulzendorf, Rathaus (Richard-Israel-Str.) | Spaziergang |
| Do, 12.1.2023 17:30-18:30 Uhr | Berlin, Tempelhofer Damm/ Ecke M.-v.-Richthofen-Str. | Schilderdemo |
| Do, 12.1.2023 18-21 Uhr | Demmin, Am Marienhain | Demo |
| Sa, 14.1.2023 14-17 Uhr | Freiburg im Breisgau, Platz der Alten Synagoge | Demoaufzug |
| Do, 12.1.2023 17:30-19 Uhr | Hanau, Großauheim, Rochusplatz | Mahnwache |
| Do, 12.1.2023 19-21 Uhr | Hennef/Sieg, Rathaus | Spaziergang |
| Do, 12.1.2023 18:30-21 Uhr | Landsberg/Saalekreis, Markt | Spaziergang |
| Do, 12.1.2023 17-18:30 Uhr | Rostock, Brunnnen der Lebensfreude | Kundgebung |
| Do, 12.1.2023 18-21 Uhr | Warstein, Rathausplatz | Spaziergang |
| Fr, 13.1.2023 18-20 Uhr | Raesfeld/NRW, Rathausplatz | Demo |
| Sa, 14.1.2023 17-20 Uhr | Augsburg, Ladehofstraße | Umzug |
| Sa, 14.1.2023 15-19 Uhr | Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz | Demo und Umzug |
| Sa, 14.1.2023 15-18 Uhr | Eberbach, Leopoldsplatz | Zusammenkunft |
| Sa, 14.1.2023 13-18 Uhr | Emden, Hafentorplatz | Grundrechtsdemo |
| Sa, 14.1.2023 15:30-18 Uhr | Kassel, Königsplatz | Demo |
| Sa, 14.1.2023 18-20 Uhr | Kirchen (Sieg), Rathaus | Spaziergang |
| Sa, 14.1.2023 15:15-17 Uhr | Krumbach (Schwaben), Stadtgarten | Spaziergang |
| Sa, 14.1.2023 15:30-18 Uhr | Pforzheim, Marktplatz | Demo |
| Sa, 14.1.2023 15-17 Uhr | Rostock, Rosengarten | Kundgebung und Aufzug |
| Sa, 28.1.2023 15-18 Uhr | Bochum, Dr.-Ruer-Platz | Umzug und Kundgebung |
| So, 5.2.2023 14-19 Uhr | Solingen, Graf-Wilhelm-Platz | Demo und Aufzug |

**Veranstaltungstermine bitte an die E-Mailadresse *veranstaltung@demokratischerwiderstand.de* senden.**
**Aktuelle Informationen: https://nichtohneuns.de + NEWSLETTER ABONNIEREN**



## KEINE SELBSTVERSTÄNDLICHKEIT

### KOLUMNE FREUND UND HELFER | *Von Polizisten für Aufklärung*

**Wissen um die Vergangenheit schärft das Bewusstsein für die Gegenwart oder anders ausgedrückt: Wer nichts aus der Vergangenheit für die Gegenwart lernt, verspielt die Zukunft.**

Demokratische Strukturen werden jeden Tag angegriffen, von außen und von innen. Die Demokratie muss jeden Tag verteidigt und neu »erkämpft« werden. Demokratie braucht den mündigen und kritischen Bürger.

Mir geht es primär nicht um Corona, mir geht es nicht um den Impfstatus, mir geht es nicht um den Ukrainekrieg. Mir geht es um den gesellschaftlichen Umgang miteinander. Wie geht eine Gesellschaft mit Andersdenkenden und vermeintlichen Minderheiten um? Wie wollen wir in der Zukunft als Gesellschaft miteinander leben? Gehen wir aus den vergangenen drei Jahren als Gesellschaft gestärkt hervor? Wir brauchen dringend eine gesellschaftliche Aufarbeitung der letzten Jahre. Natürlich auch rechtlich, aber vor allem aus soziologischer Sicht. Das Schlimmste, was uns allen passieren kann, ist, dass morgen alles vorbei ist und wir wieder zum Regelbetrieb übergehen, ohne eine gemeinsame Aufarbeitung, ohne das Öffnen von Debattenräumen, ohne einen gesellschaftlichen Diskurs.

Es ist in den letzten Jahren viel gesagt worden, auch schon vor Corona. Viele Äußerungen waren nicht nur strafrechtlich relevant, sondern vor allem einer Demokratie unwürdig. Der öffentliche Aufschrei der Mehrheitsgesellschaft blieb leider aus. Unsere Demokratie, unsere moralischen Wertvorstellungen und unsere Werte scheinen aus einer dünnen Schicht der Zivilisation zu bestehen. Wir müssen anfangen, an den Ursachen für Ausgrenzung und Diskriminierung zu arbeiten, nicht an den Symptomen. Wir müssen anfangen, Toleranz als Wert zu leben, dabei die Psychologie der Werte beachten und Toleranz nicht nur als Schlagwort zu benutzen. Wir dürfen Solidarität nicht rein als Kampfbegriff verwenden. Wir müssen wieder mehr aufeinander zugehen.

Seit über 70 Jahren haben wir ein Grundgesetz im Verfassungsrang. Lasst uns wieder gemeinsam unsere Grundwerte mit Leben füllen, totalitäre Mechanismen und Strukturen friedlich bekämpfen und einander die Hände reichen. Überlassen wir Extremisten und Verfassungsfeinden, egal ob von innen oder von außen, nicht das Feld. Denn wir müssen wieder als Gesellschaft miteinander leben können, ohne Ausgrenzung und ohne Diskriminierung Andersdenkender und mit einer wirklichen Meinungsfreiheit im Sinne des Schutzbereichs von Artikel 5 Absatz 1 GG. Lasst uns gemeinsam auf die Zukunft und die nächsten Herausforderungen vorbereiten. Aufgeben ist keine Option. Vergesst bei dieser gemeinsamen Reise aber bitte niemals: Die Würde des Menschen ist unantastbar, der Mensch ist Subjekt, nicht Objekt staatlichen Handelns.

Weitere Informationen über Polizisten für Aufklärung e.V.: *echte-polizisten.de*

# JETZT

**Neue Aktionsformen wollen die Demokratiebewegung auch in Deutschland bereichern – und zum Sieg bringen. Soeben erschien das neue Werk der anonymen Autorengruppe Unsichtbares Komitee. Ein Dialog – von Anonym zu Anonym.**

**Anonym: »Deren System ist am Ende. Unseres war es nie«, heißt es auf euren ersten Demonstrationen auf dem Rosa-Luxemburg-Platz.**
Anonym: Der Putsch vom März 2020 hat überall Lokalkolorit angenommen: schmerzsuhlend-makaber in Spanien, pastoral-hysterisch in Italien, wutschäumend-diszipliniert und falsch-egalitär in Frankreich, gelassen-unorganisiert in Griechenland, albtraumhaft-mörderisch auf den Philippinen, grau-funktional in Deutschland.

**Anonym: Das war vorherzusehen. Was die Methoden des Putsches betrifft, war er jedoch gleichförmig. In Deutschland schreibt der Staatssekretär des Bundesinnenministeriums Markus Kerber am 19. März 2020 an eine Reihe von »führenden Wissenschaftlern«. Er ruft sie zu Hilfe, damit sie so schnell wie möglich ein Dokument verfassen, mit dem »neue Maßnahmen präventiver und repressiver Art« gerechtfertigt werden können. Es geht um nichts weniger als »die Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit und die Stabilität der öffentlichen Ordnung in Deutschland«.**
Anonym: Ihre Träume sind nichts anderes als eine lange Aneinanderreihung von *Worst-Case-Scenarios*. Sie leben in der Angst vor ihren eigenen Untaten. Niemals werden sie uns verzeihen, was sie uns angetan haben.

**Anonym: Auch deshalb verhärten sich überall sich die Mächte. Sie träumen ihre einsamen Träume von China.**
Anonym: Ich meine, da wo alle Unschuld verdampft, bleibt nur der reine Gehorsam, das heißt der Terror. Und je mehr sich die Mächte versteifen, je »realistischer« die Demokratien werden, je mehr sie sich mit ihrem biopolitischen Absolutismus brüsten, desto mehr Fahnenfluchten rufen sie hervor.

**Anonym: Das ist das Positive daran. Die Gesellschaft hat sich, als sie ihre Türen schloss, als separate Realität, als fremde Entität verfasst. Sie hat uns innerlich von ihrer Schwerkraft befreit.**
Anonym: Genau. Die Demokratien wissen nicht mehr, auf welche Weise sie verkünden sollen, dass sie letztlich nicht vorhaben, ihr Versprechen zu halten, dass jeder die Lebensform wählen kann, die ihm entspricht, um sich darin zu entfalten. Es ist ein Schisma am Werk, dass sich immer weiter vertieft. Eine Spaltung, die keiner äußerlich anerkannten oder erkennbaren Linie folgt.

**Anonym: Für die Arbeiter, die sich mit lächerlichen Spaziergängen, mit Freiheitsbäumen, mit wohlklingenden Advokatenphrasen die Zeit vertreiben lassen, gibt es zuerst Weihwasser, dann Beleidigungen, schließlich Kartätschen und immerwährendes Elend.**
Anonym: Die Linke war immer auf der Seite der lächerlichen Spaziergänge durch die Straßen, bei der Pflanzung von Freiheitsbäumen und den wohlklingenden Phrasen der Anwälte. Das wurde in den letzten Jahren endgültig klar. Von der Rechten war niemals etwas zu erwarten außer das Fortbestehen der ererbten Ungerechtigkeit. Aber dass die Linke im Grunde immer auf der Seite der Sieger stand, deren hysterisch schlechtes Gewissen sie war, flackerte geschichtlich immer nur kurz vor den Augen aller auf und wurde dann schnell wieder vergessen.

**Anonym: Am Proletariat hat sie übrigens immer nur dessen Niederlage gemocht, der ihr auch ihre Existenzgrundlage gibt. Die Episode der Gelbwesten hat die Linke zurück in die Abstellkammer gesetzt, da sie, solange die Bewegung aufständisch war, in die allgemeine Verleumdung mit einstimmte, um dann, als die Bewegung schwächer wurde, eine immer stärkere Affinität zu ihr zu finden.**
Anonym: Das Gegenteil davon, links zu sein, ist nicht, rechts zu sein, sondern revolutionär zu sein.

**Anonym: Das Fazit?**
Anonym: Wir wollen uns rächen. Uns rächen für die zwei Jahre weißer Folter. Für den Impfzwang. Für die Toten, die wir nicht bestatten konnten. Für die verlorenen, ramponierten oder unter Beruhigungsmitteln stehenden Freunde. Für die anwachsende Wüste. Für das erzwungene Schweigen. Für die galaktischen Lügen, die man uns schlucken ließ. Für die Beleidigungen der Logik. Für die vernarbten Hiebe auf unsere Empfindsamkeit. Für die ohne Vorwarnung verlassenen Alten, und für die grundlos misshandelten Kinder.

**Anonym: Was sagte der ehemalige nationale Sicherheitsberater der USA Zbigniew Brzeziński dazu?**
Anonym: Das: Zum ersten Mal in der Geschichte ist fast die gesamte Menschheit politisch aktiviert, politisch bewusst und politisch interaktiv. Die Regierungen der Welt sind nicht auf den fluthaften Anstieg der Erwartungen ihrer Bürger vorbereitet, die sich in politischen Massenprotesten und anderen weniger offensichtlichen Formen niederschlagen. Auf die zunehmende Abkopplung der Erwartungen der Bürger von der Fähigkeit der Regierung, diese zu erfüllen, zu reagieren, könnte die Herausforderung einer ganzen Generation sein. [...] Abgesehen davon ist die bedrohliche Signatur dieser Ära der Massenproteste, das gemeinsame Band, das sie verbindet: Ohne Anführer zu sein. Die Bürger verlieren den Glauben an ihre Führer, Eliten und Institutionen und gehen aus Frustration und oft auch aus Ekel auf die Straße.

**Anonym: Eine Marseillaise erhebt sich, nur dass diese hier sagen will: »Mit eurem Blut werden wir unsere Furchen tränken. Ihr seid räudige Hunde. Wir werden euch fressen.« Vielen Dank für das Gespräch.**



## WIR WERDEN UNS RÄCHEN

Das Unsichtbare Komitee (Anonym) hat den Telegram-Kanal der Wochenzeitung Demokratischer Widerstand gehackt (t.me/DemokratischerWiderstandTelegram). Die international operierende dezentrale Organisation hat der Redaktion dazu eine Erklärung auf Französisch und Deutsch übermittelt. Die Erklärung geben wir im Folgenden stichpunktartig wieder, soweit sie Aktionsformen betrifft.

- »Die Segregation, die Kinderschändermaske, der perverse Testzirkus, die Kinderquälerei, der Injektionsgenozid, der Terror, die weiße Folter. Kein Kollaborateur des Corona-Regimes kann damit rechnen, dass wir das, was uns und unseren Freunden angetan wurde, jemals ohne Konsequenzen hinnehmen. Wir werden sie besuchen und, sagen wir, kennenlernen.«

- »Wir sind überall. Wir sind in Deinem Rückspiegel und wir sind in Deiner Redaktion oder in Deinem Büro. Wir stehen schon vor der Tür. Wir sind deine neue Freundin. Wir wissen über Deine Lügen und Dein Denunziantentum Bescheid und wir wissen, wo Du meinst, dass Du nicht von uns konfrontiert werden würdest.«

- »Wir erscheinen dort, wo Du glaubst, niemals mit uns zu tun zu bekommen. Wir sind der Misston in der Ouvertüre und der frenetische Applaus an der falschen Stelle. Wir sind die Lüge in der Wahrheit und wir sind der Fehler im System. Wir sind ein ungewöhnliches Freizeitangebot und wir sind die saure Milch im Tee.«

- »Wir vergessen nicht und wir vergeben nicht. Du musst jeden Moment damit rechnen, dass Dir das passiert, was Du uns angetan hast. Jede Minute, jeden Tag, für den Rest Deines Lebens.«

- In Richtung der Demokratiebewegung schreibt Anonym unter anderem: »Wir werden immer besser, wir wachsen, wir werden immer mehr. (...) Gehst Du alleine auf der Straße? Du kannst Dir sicher sein, dass noch Hunderte weitere gerade spazieren gehen. Du bist nicht alleine. Rechne damit, dass wir uns zusammenfinden werden. Und dass wir uns rächen werden.«

- »Es ist schwierig zu wissen, wann dieses Jetzt sein wird, aber Du wirst es kommen spüren, erst langsam, dann schnell, dann plötzlich. Unsere Gesten und Geräusche werden uns immer vertrauter werden. Unsere Schritte werden zusammenfinden. Unsere Stimmen zu einem Chor, unsere Entschlossenheit ein Wille zum Kampf werden, ja, zum umfassenden Sieg.«




## DIESE WOCHENZEITUNG

VERTEILEN, AUSLEGEN, VERKAUFEN

## WARUM?

- Der »Demokratische Widerstand« erscheint wöchentlich seit dem 17. April 2020.

- Mit der gedruckten Zeitung erreichen wir Menschen, die sonst nur der Konzern- und Regierungspresse ausgeliefert sind.

- Verteilen Sie den Widerstand, halten Sie andere auf dem Laufenden und klären Sie auf: beim Spazierengehen, in Briefkästen, im Geschäft, im Betrieb, in der Fußgängerzone.

- Die Zeitung ist analog, somit auch von *Big Tech* unabhängig und unzensierbar.

- Nach dem Kollaps der Presse: Bauen wir gemeinsam eine neue Wochenzeitung in deutscher Sprache auf.

## WIE KOMMEN SIE AN DIE ZEITUNGEN?

- Geben Sie doch einfach auf **demokratischerwiderstand.de/verteilen** die Adresse an, an die wir die Zeitungen liefern sollen. Wir geben Ihre Daten nicht weiter. Wenn Sie kein Internet nutzen, fragen Sie jemanden, dem Sie vertrauen, ob er das für Sie erledigen kann.

- Wählen Sie aus, wie viele Zeitungen Sie verteilen wollen. Nicht übertreiben.

- Überweisen Sie die anfallenden Unkosten für Druck, Versand und Steuern.

- Bei der Überweisung schreiben Sie in das Betreff-Feld noch einmal Ihren Namen und Ihre Anschrift, damit wir ihre Zahlung sicher zuordnen können.

- Jeder Zahlungseingang wird einer Bestellung zugeordnet.

- Zahlungseingänge werden bis einschließlich Montag für den Druck und Versand der kommenden Zeitung berücksichtigt. Spätere Eingänge werden automatisch der darauffolgenden Ausgabe zugeordnet.

- Beim Verteilen erhaltene Spenden gehen an den Verteiler. Bei größeren Summen freut sich die Redaktion über einen Anteil, der ihr zusteht. Hier bereichert sich niemand.

## BESTANDS-AUFNAHME



**1. LAMBRECHT • 2. BARGELD • 3. ALTERNATIVLOSIGKEIT**

Die Medienschaffenden Kayvan Soufi-Siavash (r.) und Anselm Lenz (l.) treffen sich wöchentlich zur Bestandsaufnahme: Drei Themen in jeweils zehn Minuten. Verlinkt wird das Privatformat im Presseportal Apolut.net, Ausschnitte werden hier abgedruckt.

K.S.S. (zum Thema Christine Lambrechts Silverstervideo, siehe Seite 1): Wenn es denn ein Geniestreich hätte sein sollen! Das ist es ja nicht. Fremdschämen! Holt die Frau aus diesem Amt, die kann es ja nicht. Sie sollte offiziell Ahnung haben von modernen Waffensystemen und was die anrichten können. Der könntest du aber jeden Vertrag hinschicken. »Wir wollen jetzt neue atomare Kurzstreckenraketen für die ukrainische Grenze!« Die unterschreibt das, hat einfach keine Ahnung. So jemanden dort drin zu haben – brutal ist das. Wie Dr. Seltsam!

A.L.: Ich bleibe bei der Hoffnung, dass hinter dicken Brillengläsern, stark aufgetragenem Make-Up und der Politiker-Verpanzerung noch ein Mensch ist. Bei der Verteidigung des die Demokratie begründenden Grundrechts – dem Demonstrationsrecht – hat sie 2020 für einen Moment gute Figur gemacht und jetzt eben als neue Friedensministerin! (Eieruhr klingelt, zehn Minuten sind um.)

K.S.S. (zum Thema Bargeld): Ich bin natürlich nicht der erste, aber dadurch, dass ich mich mit Politik und Geopolitik beschäftige, höre ich natürlich jenen zu, die sich damit schon länger beschäftigen und beobachte auch Player, die schon lange daran arbeiten, das Bargeld abzuschaffen. Unter anderem auch Bill Gates mit seiner Allianz »Better than Cash« (besser als Bargeld, red.). Ernst Wolff, einer der lange für KenFM geschrieben hat und heute für Apolut arbeitet, der sagt es immer wieder. Das Bargeld soll weg, denn es ist nicht verfolgbar. Die Leute sind mit Bargeld nicht so leicht zu gängeln. (...) Klar werden mit Bargeld auch krumme Geschäfte abgewickelt, aber die großen Verwerfungen in der Finanzwelt passieren ja mit Plastik-Money, mit Fiat-Money, mit Summen, zu denen es gar keine Werte gibt. Per Mausklick werden heute Milliarden transferiert. Summen, die so groß sind, dass man sie in bar in keinen Lastwagen packen könnte. Das Bargeld soll nun eben dahingehend abgeschafft werden, dass es auf ID2020 hinausläuft. Wir sollen alle nur noch eine elektronische Identität haben, an die dann auch das Geld geknüpft ist. Daran ist dann auch die Telefonkarte gekoppelt. Und wenn jemand nicht mitspielt, können die eben sagen, Du hast jetzt keinen Zugung mehr zu dieser neuen Digitalwährung ... Es wird verfolgbar, wer wo etwas abhebt oder, dass du eben nichts mehr bekommst.

Wenn es dir um Kontrolle geht, dann weißt du, dass Geld ein Kontrollinstrument ist. Und wenn du dann sagst, dann wechsele ich eben in einen anderen Währungsraum, dann weißt du ganz genau, in dem Moment, in dem es nur noch eine einzige Digitalwährung der Zentralbank gibt, hast du die Leute wirklich im Griff. Wenn jemand nicht mitspielt, hat der dann einfach keinen Zugriff mehr. (...) Und der kann dann auch nicht mehr zu einer anderen Bank wechseln, weil es ja nur noch eine gibt, die Zentralbank. Und wenn diese Bank dann sagt, »hör mal zu, noch einmal so ein Bericht« – oder auch nur, »du hast ja wohl den Demokratischen Widerstand abonniert...« Und genau das ist es, was dahintersteckt. In dem Moment, in dem das Bargeld abgeschafft ist, ist jeder Bürger gängelbar. (...) Wir sollen total transparent gemacht werden, aber nicht diejenigen, die das einführen. (Weiter zu diesem und den weiteren Themen auf apolut.net und demokratischerwiderstand.de/presseklub)

# »Es tut nicht weh«

***Bernd Bayerlein ist Vorstand des Vereins Polizisten für Aufklärung.***

**Nachdem der Polizeihauptkommissar sich bei einer Rede im August 2020 für die freiheitliche demokratische Grundordnung eingesetzt hatte, wurde er nach 33 Dienstjahren schon im Oktober desselben Jahres vom Dienst suspendiert. Vorsorglich wird darauf hingewiesen, dass er sich hier als Privatperson äußert.**

**DW: Herr Bayerlein am 22. Dezember 2022 ist in der *Süddeutschen Zeitung* (SZ) ein Artikel über Sie erschienen. Darin wird ein plumper Versuch gemacht, Sie mit einem von angeblichen Reichsbürgern geplanten Putsch in Verbindung zu bringen. Was war Ihre erste Reaktion?**

B.B.: Ja, da sollte ich diskreditiert werden. Spätestens beim zweiten Mal Lesen erkennt der gebildete *SZ*-Leser, dass da nichts dran ist. In den Interviews und Beiträgen auf unserer *Website* (echte-polizisten.de, Anmerkung sma) kann sich jeder selbst davon überzeugen, dass ich für die Demokratie und die Grundrechte einstehe, so wie sich auch unser Verein dafür einsetzt.

Die Autoren des SZ-Beitrags können offensichtlich nicht zwischen Bericht und Kommentar unterscheiden. Sie wollten einen Bezug zu Reichsbürgern herstellen, mussten dann aber selbst zugegeben, dass ich nicht zu den sechs Beamten in Bayern gehöre, gegen die deswegen ermittelt wird. Wenn auch nur ein geringster Verdacht bestünde, hätte es bei mir sicher auch eine Hausdurchsuchung gegeben. Unser Verein ist nicht angreifbar, Polizisten für Aufklärung macht eine sehr solide Arbeit.

**DW: Wie haben andere auf den Artikel reagiert?**

B.B.: Die sehen das durchaus auch so. Höhere Persönlichkeiten aus der Polizei bezeichneten mir gegenüber den *SZ*-Artikel sogar als ein Armutszeugnis für den Journalismus.

**DW: Gibt es eigentlich Reichsbürger?**

B.B.: Der Begriff wurde meines Wissens vor etlichen Jahren von Politik und Verfassungsschutz geschaffen, damit man diese unterschiedlichen Leute unter einem Phänomenbereich einordnen und besser kontrollieren kann. Diese Leute erkennen die BRD und unser Rechtssystem nicht an und bezweifeln die Souveränität unseres Landes. Grundsätzlich ist das nicht strafbar. Das ist aber kein Thema, mit dem sich unser Verein beschäftigt.



Freund und Helfer: Polizeihauptkommissar Bernd Bayerlein. Foto: privat

**DW: Es scheint Kritiker des Corona-Narratives sollen weiterhin mittels Diffamierung mundtot gemacht werden – lässt Ihr Verein sich dadurch aufhalten?**

B.B.: Wir machen unbeirrt weiter und setzen uns für eine demokratische Gesellschaftsordnung ein. Die Demokratie ist nach wie vor massiv gefährdet, so wie die *SZ* in dem angeführten Artikel unseren 1. Vorsitzenden, Lars Oberndorf, richtig zitierte. Sehen Sie sich nur das neue Hinweisgeberschutzgesetz an. Paragraph 2, Absatz 1, Nummer 10 wurde in letzter Minute vom Rechtsausschuss eingearbeitet und öffnet dem Denunziantentum Tür und Tor. Allen Mitteilungen darüber, dass Beamte ihre Pflicht zur Verfassungstreue verletzten, muss nachgegangen werden. Welche Äußerungen fallen darunter? Werde ich künftig schon belangt, wenn ich mich kritisch und besorgt über den Krieg in der Ukraine äußere? Das verhindert den Meinungsdiskurs und bedeutet einen Demokratieabbau.

**DW: Sollen Polizeibeamte im innerdienstlichen Kreis keine kritische Anmerkung mehr machen und sich nur mehr über Fußball und das Wetter unterhalten? Wie verändert das die Polizeiarbeit?**

B.B.: Es gibt Fälle, da wurden Polizeibeamte, die sich zum Beispiel zu den Corona-Impfungen kritisch geäußert haben, sanktioniert. Die Polizei wird so zum Erfüllungsgehilfen ohne Selbstbestimmtheit gemacht.

**DW: Wie sieht Ihre tägliche Arbeit aus?**

B.B.: Es wenden sich Polizeibeamte an uns, die Disziplinarverfahren haben. Oder jetzt zum Beispiel ein Kollege, der über die Vorfälle in der Silvesternacht entsetzt und traurig ist. Emails müssen beantwortet, Telefonate geführt werden. Das macht Spaß! Wir merken, dass sich etwas tut, und sind guter Dinge.

**DW: Viele Menschen und auch alle Polizeibeamte, mit denen ich gesprochen habe, schätzen Sie, Ihren Mut und natürlich auch die Arbeit von Polizisten für Aufklärung sehr. Wie wird es 2023 mit dem Verein weitergehen?**

B.B.: Unsere Arbeit ist weiterhin gefragt, da die Versuche anhalten, die Gesellschaft und das System umzubauen, darauf weist auch Hans-Georg Maaßen, der ehemalige Präsident des Verfassungsschutzes, immer wieder hin. Gleichzeitig muss eine Aufarbeitung, auch die strafrechtliche, beginnen und die Hauptverantwortlichen müssen zur Verantwortung gezogen werden.

**DW: Und privat, haben Sie vor, Ihren Traumberuf Freund und Helfer weiter auszuüben?**

B.B.: [Lacht] Es gibt sehr wohl ein Leben danach. Mein Rechtstreit mit dem Dienstherrn wird sich wohl noch länger ziehen. Natürlich möchte ich Recht bekommen, denn ich habe das Richtige getan, und ich habe als Ziel die Rehabilitierung. Doch selbst wenn ich gewinne, werde ich bei der Polizei wohl keinen Fuß mehr auf den Boden bringen. So wie ich das wahrnehme, wurde mein Leumund irreparabel zerstört.

Aber ich muss auch die finanziellen Einschränkungen, die durch die Suspendierung entstehen, kompensieren. Darum beginne ich dieses Jahr eine Ausbildung zum Schmerztherapeuten. Dabei ist es wichtig, dass die Patienten selbst ins Tun kommen. Und so wünsche ich mir, dass auch die Polizisten nicht alles hinnehmen oder mitmachen, sondern selbstkritischer sind. Es tut nicht weh. Das Leben bietet so viele weitere Möglichkeiten, die muss man auch nutzen und auf sich selbst achten.

*Die Fragen stellte Sophia-Maria Antonulas.*

# Briefe an die Redaktion

Leserbriefe an: K.D.W. e.V. Postfach 35 02 16, 10211 Berlin

MICHAEL BALLWEG
ZU #DW114

Ich stimme Ernst Wolff in seiner Analyse zu, dass im Moment über orchestrierte Maßnahmen versucht wird, das Vertrauen in Bitcoin zu erschüttern. 1. Kurs-Manipulationen über synthetische ETFs und Zertifikate. Diese sind im Gegensatz zu »Spot«-Produkten ungedeckt und nicht mit dem physischen Produkt hinterlegt. 2. Konkurs von Krypto-Börsen und dem damit einhergehenden Verlust für Anleger/Kunden. 3. Brandmarkung des Energieverbrauchs von Bitcoin und Forderung nach einem anderen, unsicheren Sicherungsverfahren (Proof-of-Stake anstelle von Proof-of-Work).

Der Punkt 2 – Konkurs von Krypto-Börsen – kann jemandem, der Bitcoin richtig verwendet, vollkommen egal sein. Einem Verlust beugt man vor, indem man seine Bitcoin auf einer eigenen sogenannten Hardware-Wallet (eine Art USB-Stick) selbst aufbewahrt. Nach einem Kauf von Bitcoin an einer Börse (wie zum Beispiel FTX, Kraken oder Bitpanda) sendet man die erworbenen Bitcoin sofort an sich selbst. Es ist dann total egal, ob ein Anbieter insolvent oder gehackt wird. Ich gehe davon aus, dass noch viele Anbieter in diesen turbulenten Zeiten vom Markt verschwinden werden. In einem Video auf der Website Querdenken-711.de erkläre ich das ganz ausführlich. Alternativ könnt Ihr auch zu einem Einundzwanzig-Treffen gehen (einundzwanzig.space).

Herzliche Grüße
Michael

## AUF DEM SCHIRM

t.me/DemokratischerWiderstandTelegram
instagram.com/demokratischerwiderstand
facebook.com: DemokratischerWiderstandZeitung
youtube.com: Demokratischer Widerstand

# INFLATION UND AUFPRALL

***Das Regime ist am Ende. Jede Entscheidung, die es trifft, führt es nur näher an seinen eigenen Abgrund. Für die Demokratiebewegung ist es allerhöchste Zeit, Betriebskampfgruppen, Gewerkschaften und Bürgerwehren aufzubauen.*** | Von Anselm Lenz




People have Power – die Menschen haben Macht. Die lange Liste der Machenschaften, gegen die sich die Proteste seit März 2020 richten. Foto: Georgi Belickin

**Die Teuerung in Deutschland galoppiert weiter. Die Preise sind laut Statistischem Bundesamt im Dezember um 8,6 Prozent höher im Vergleich zum Vorjahresmonat. Zuvor hatte die Inflation in der BRD monatelang bei jeweils über 10 Prozent gelegen (DW berichtete).**

Der Europäischen Zentralbank (EZB) bleiben angesichts dieser horrenden Inflationsraten nur noch brutale Mittel, um dem Euro als Währung Zeit zu verschaffen. Entweder kann die Bank, nach klassischer Wirtschaftstheorie, nur noch drastisch die Leitzinsen erhöhen. Das führt zu sofortigen Massenpleiten. Oder sie kann weiter »Geld drucken« und es, bildlich, mit der Gießkanne über die Gesellschaft gießen. Das führt zu weiteren Teuerungssprüngen in immer kürzer werdenden Abständen. Beide Wege münden in gesellschaftliche Verwerfungen, wie sie zuletzt in den 1920er Jahren auftraten. Wir sind bereits mittendrin. Ein dritter Weg wäre eine gelenkte Wirtschaft, die entweder strukturfaschistisch-feudalistisch oder freiheitlich-sozialistisch-demokratisch betrieben werden kann. Das Regime will offenkundig den puren Faschismus verkleidet in Biopolitik und Kybernetik.

Vergessen wird bei Analysen häufig, teils auch hier im Wirtschaftsressort dieser Zeitung, dass es bei der Corona-Lüge nie um etwas anderes ging als darum, den stattfindenden Aufprall des Systems zu verschleiern: Der US-Kapitalismus ist faktisch pleite und hat unter Stress seine faschistische Form angenommen, droht, alles mit in den Abgrund zu reißen. Zuerst soll das besetzte Europa bis an den Ural (und darüber hinaus!) ausgeplündert werden.

Dieser Prozess läuft seit bald drei Jahren, wie ich in meinen Analysen auf dem Presseportal *apolut.net* sowie hier in der Wochenzeitung Demokratischer Widerstand immer wieder darlege. In diesem Szenario ist auch der Nato-Krieg in der Ukraine, der nicht gewonnen werden kann, nur ein weiterer Baustein der US-UK-Weltherrschaftsambition (»Tiefer Staat«). Denn für europäische Nationen wie Frankreich und Deutschland gäbe es durchaus einen Weg mit der russischen Föderation als Hauptpartner, sich dem unausweichlichen transatlantischen Niedergang zumindest teilweise zu entziehen und einen eigenen Entwicklungsweg zu gehen.

## COVID, WHO UND KRIEG HÄNGEN ZUSAMMEN

»Jahrelang wurde kein Zusammenhang erkannt zwischen Covid-19, der WHO-Deklaration einer pandemischen Ausbreitung des Virus und den freiheitsbeschränkenden Maßnahmen der herrschenden Politiker einerseits sowie den dramatischen Veränderungen der politischen Ökonomie andererseits – eines Konflikt- und Veränderungskonglomerats, das der Menschheit nach dem absehbaren Ende der Neoliberalen Epoche des globalen Industrie- und Finanzkapitalismus zu schaffen macht und noch kein Ende gefunden hat«, so der Bremer Universitätsprofessor und DW-Autor Rudolph Bauer.

In Anlehnung an das neue Werk der Wiener Historikerin Andrea Komlosy sieht Bauer ein großes kapitalistisch-faschistisches Komplott gegen uns Menschen. Kritische Strukturen sind demnach vom faschistischen Propagandaregime systematisch auf die falsche Fährte gelockt worden – »Gesundheitsschutz«: »Die Kluft zwischen Arm und Reich wurde durch die Beschwörung der Volks- beziehungsweise Weltgesundheit (…) ideologisch verbrämt. Der eigentliche Stimulus für einen Weg des Kapitals aus der Krise lag (…) in der Begünstigung neuer Branchen und Typen von Unternehmen.«

Die vorliegende Zeitung und der Autor dieses Artikels haben dies seit 117 Ausgaben systematisch nachgewiesen. Als Ausblick bleibt laut Bauer mit Komlosy nur: »Der Rückbau globaler Abhängigkeiten, die Regionalisierung (Nationalisierung!; Anm. ale) von Wirtschaftskreisläufen, die Entkommodifizierung des menschlichen Lebens, des Körpers und der Beziehungen können analoge Freiräume eröffnen, während gleichzeitig eine von der Überwachungsmacht der Konzerne befreite Digitalisierung die Lösung der Menschheitsfragen unterstützt« (Andrea Komlosy: »Zeitenwende – Corona, Big Data und die kybernetische Zukunft«, Promedia).

Der Weg in den totalitären Überwachungsfaschismus konnte durch die deutsche Demokratiebewegung stark gebremst, der dräuende »Impf«-Zwang im April 2022 abgewendet werden – mit »Hilfe« aus Moskau, denn die neue Ostfront bindet seit März 2022 erhebliche Ressourcen des Regimes. Der Injektionsgenozid geht jedoch weiter, er ist mehr als ein Kollateralschaden des Neofaschismus beim Aufbau seines neuen totalitären Geschäftsmodells (»*Great Reset*«). Noch immer fällt es vielen schwer, das Ausmaß des Verbrechens einzuschätzen, weil »nicht sein kann, was nicht sein darf«. Das Terrorregime wird demnächst eine neue digitale Zwangswährung präsentieren wollen, mit der wir totalitär überwacht werden. Das »Gesundheitssystem« und die Injektionen dienen nur als vorbereitendes Instrument und als ungeheure Datensammlung.

## BILDET BANDEN!

Beim Prozess der Oppositionsbildung ist die organisierte Linke ein einziger Totalausfall, ja, sie wurde teils sogar zum willigen Vollstrecker des Terrors. Bei den Lichtblicken Sahra Wagenknecht und Oskar Lafontaine, die fast immer im Ansatz richtig liegen, stellt sich die Frage, wie lange noch gewartet werden soll, bis die beiden »ewigen Talente« endlich Nägel mit Köpfen machen und für die ganze Wahrheit eintreten. Gegen die AfD, die derzeit die gesamte Oppositionsarbeit von links bis rechts macht, wird weiter ein Sperrkordon aufrecht erhalten, ohne auch nur irgendetwas Substantielles selber zu leisten. Wie lange soll noch gewartet werden? – Gar nicht mehr. Das Regime nähert sich im vor uns liegenden Jahr seinem Aufprallpunkt bei der Inflation. Gewerkschaften, Parteien, Parlamentsfraktionen, große Medien und der Rechtsstaat sind fast durchweg gleichgeschaltet worden. Die einzige bewusste gesellschaftliche Kraft ist die Demokratiebewegung seit 28. März 2020. Der einzigen brauchbaren »Hebel« gegen die neofaschistische Übermacht des Putschregimes sind die nationale Verbundenheit, unsere Institutionen, unsere Betriebe und Belegschaften. Es ist allerhöchste Zeit, sich endlich jenseits des Zeichenhaften der Demonstrationen und des endlosen Palavers im Internet zu verbünden, um in der Lage zu sein, einem Regime, das seine hässliche Fratze bald drei Jahre lang gezeigt hat und außer Rand und Band agiert, nicht schutzlos, zumindest nicht kampflos ausgeliefert zu sein, wenn es wieder versuchen wird, Kindern Injektionen zu setzen und Oppositionelle auszuschalten.

Es gibt in diesem Krieg kein »links« und kein »rechts«. Die Struktur als solche ist aus klassisch-analytischer Sicht so rechtsextremistisch, heimtückisch-massenmörderisch und putschistisch, dass es keinen Sinn hat, überhaupt noch abzufragen, was ein Oppositioneller für Farben bevorzugt. Es gibt nur noch uns Menschen und eine so undemokratische wie selbstdelegitimierende Terrorstruktur, die nach außen und innen Krieg führt. Für die Demokratiebewegung ist es allerhöchste Zeit, Betriebskampfgruppen, echte Gewerkschaften und Bürgerwehren konkret aufzubauen, die untereinander analog im Kontakt stehen, Tausch und Austausch treiben und auf den Punkt genau handlungsfähig werden können. Welche Gedanken, Vorlieben und Geschmäcker dabei der Einzelne hegt, ist völlig gleichgültig. Bei der Revolte von Tschengtschau, die sich über ganz China ausbreitete, gelang es dem chinesischen Volk ab November 2022 das Corona-Regime zu beenden, indem es Überwachungstechnologie aller Art einfach abbaute oder zerstörte.



MOTOR MITTELSTAND
KOLUMNE *von Wolfgang Greulich*

## VOR DEM ZUSAMMENBRUCH

**Die deutsche Wirtschaft blickt pessimistisch in das Jahr 2023. Die Mehrheit der Verbände, schlapp 39 Stück gezählt, geht von einem drastischen Rückgang der Produktion aus.**

Genannte Gründe sind die hohen Energiepreise und der Fachkräftemangel. Beides kann man bald nicht mehr hören. Gut, das erste Problem lösen wir, indem die Ukraine mit vereinten westlichen Kräften Russland besiegen wird, das zweite Problem lösen wir durch weitere ungebremste Zuwanderung in die europäischen Länder.

Also ehrlich gesagt, sind die genannten Probleme also nicht so richtig nachvollziehbar. Sarkasmus aus. Um dem hohen Anspruch unserer Bundesregierung gerecht zu werden, liefert die deutsche Wirtschaft auf Spendenbasis in hohem Umfang technische Hilfsgüter (2.300 Stück) in die Ukraine, was unter humanitären Gesichtspunkten mehr als zu begrüßen ist. Allerdings sei an der Stelle bemerkt, dass die Liste der aktiven Kriegsländer länger ist, als in der Neujahrsansprache von unserem Herrn Bundespräsidenten angebracht.

Die Lage des Teiles der Bevölkerung, welcher in der Ukraine geblieben ist, und jene in all den anderen aktiven Kriegsgebieten, wird von Tag zu Tag prekärer. Wochenlang ohne Strom, Heizung und ohne Wasser, dabei überwiegend medial ähnlich verdummt wie das deutsche Volk. Die Agenda läuft auf allen Seiten. Und wer sich hier wann und wo zum Handlanger macht, muss jeder in den Chefetagen der deutschen Unternehmen selber entscheiden. Frieden geht anders, Liebe geht anders, da nützen die besten Neujahrsansprachen nichts. Und Jammern nützt schon gleich gar nichts. Parteiisch muss man da nicht sein, gut und böse ist auf jeder Seite, immer, muss man nur dem Geld folgen. Hier und dort. Meistens landet man da wo? Ja, kann jeder bei Daniele Ganser hören.

Da danken wir doch zu Beginn des neuen Jahres 2023 an der Stelle erneut den WEF-Globalisten, alle Lügen dieser Welt erfolgreich zu Geld gemacht zu haben. Gesundes neues Jahr, wir sehen uns auf der Straße. Wir haben es längst verstanden: Vorsatz, nicht Versagen. *Happy New Year* oder wie man früher auf Deutsch gesagt hat, ein gesundes, frohes neues Jahr 2023. Mögen sich alle Wünsche erfüllen, auch jene, die wir heute noch gar nicht kennen. Es braucht wirklich einen großen Reset, überwiegend den in den Köpfen der 99 Prozent. Es ist wichtig, selber die Wahrheit zu suchen, um dann Zusammenhänge zu erkennen. Widerstand und Wandel made in Germany!

Wolfgang Greulich ist Widerstandsaktivist und erfolgreicher IT-Unternehmer.

# Gesara und Nesara

***Wie tiefgreifende und systemverändernde Reformen des Finanzsystems immer wieder verhindert werden.*** | Ein KOMMENTAR von Ernst Wolff

**Die Abkürzung NESARA steht für National Economic Stabilization and Reformation Act, auf Deutsch: Gesetz zur nationalen wirtschaftlichen Stabilisierung und Reformierung.**

Es handelt sich allerdings nicht um ein vom amerikanischen Parlament – dem Kongress – verabschiedetes Gesetz, sondern um den Gesetzesvorschlag eines US-amerikanischen Philosophie-Professors namens Harvey Francis Barnard.

Barnard hatte sich in den 1970er und 1980er Jahren mit den Ungerechtigkeiten des bestehenden Geldsystems beschäftigt und daraufhin zahlreiche Vorschläge zu seiner Verbesserung zusammengestellt. Er schlug unter anderem die Deckung der US-Währung durch Edelmetalle, die Abschaffung der Einkommenssteuer, die Einführung einer pauschalen Umsatzsteuer auf nicht lebensnotwendige Güter und die Erhöhung der Sozialleistungen für alte Menschen vor.

Anfang der 1990er Jahre veröffentlichte Barnard seinen Vorschlag unter der Überschrift Draining the Swamp: Monetary and Fiscal Policy Reform – zu deutsch: Den Sumpf trockenlegen – eine Reform der Geld- und Steuerpolitik. Auf Grund der positiven Reaktionen ließ er 1996 1000 Kopien drucken und verschickte sie an die Mitglieder des Kongresses – allerdings ohne Erfolg. Seine Vorschläge wurden nie im Kongress debattiert und schon gar nicht als Gesetz verabschiedet.

### DIE MACHT DER HOCHFINANZ BEGRENZEN

Das ist nicht verwunderlich, denn NESARA enthält diverse tiefgreifende und systemverändernde Reformen, die der Macht der größten Finanzinstitute an der Wall Street ihre Grundlage entzogen hätten. Diese Macht basiert ja gerade auf der Abkoppelung des Geldes von den Edelmetallen, einer höchst ungerechten Steuergesetzgebung und der ständigen Begünstigung der ultrareichen Elite.

Dass Barnard offensichtlich annahm, mit seinen Vorschlägen bei den Abgeordneten des Kongresses auf offene Ohren zu stoßen, zeigt ein hohes Maß an Naivität und politischem Unverständnis. Der US-Kongress ist schließlich seit mehr als einhundert Jahren nichts anderes als der verlängerte Arm der Wall Street und damit das politische Zentrum genau des Sumpfes, den Barnard gern trockenlegen wollte.

Dass Barnards Ideen heute noch durch das Internet geistern, zeigt, dass dieses politische Unverständnis immer noch weit verbreitet ist. So wird zum Beispiel behauptet, dass NESARA unter Bill Clinton heimlich verabschiedet worden sei und unter seinem Nachfolger George W. Bush am 11. September eingeführt werden sollte, dass diese Einführung aber durch die Terroranschläge auf das World Trade Center verhindert worden sei.

### CLINTONS GESCHENKE AN DIE FINANZINDUSTRIE

Die Vorstellung, dass ausgerechnet Bill Clinton sich für NESARA eingesetzt haben soll, ist absurd. Clinton hat der Finanzindustrie mehr Geschenke gemacht als irgendein Präsident vor ihm und wäre mit Sicherheit der Letzte gewesen, der NESARA gesetzlich verankert hätte.

Noch absurder sind die Gerüchte, die um GESARA verbreitet werden. Das G steht für global, es geht hierbei also um eine weltweite Geld- und Steuerreform.

Angeblich wurde GESARA heimlich in das überarbeitete Pariser Abkommen über den Klimawandel von 2015 eingebettet. Donald J. Trump soll das Papier 2017 unterzeichnet und so den Weg für die weltweite Einführung eines neuen Geldsystems freigemacht haben, was aber bis heute vom Tiefen Staat verhindert wurde.

### DIESE THESEN NÜTZEN DEM SYSTEM

Diese Thesen belegen nur eins, nämlich die vollständige politische und wirtschaftliche Ahnungslosigkeit ihrer Urheber, die uns allen Ernstes weismachen wollen, dass ausgerechnet die Politiker, die – wie auch Donald Trump – dazu beigetragen haben, das aktuelle Chaos anzurichten, im Hintergrund an einer gerechteren Weltordnung arbeiten und uns alle eines Tages damit überraschen werden.

Um es klar und deutlich auszudrücken: Wir leben in einer Welt, die vom digital-finanziellen Komplex beherrscht wird, also von den großen Finanzinstituten der Wall Street und den großen IT-Konzernen des Silicon Valley. Deren Herrschaft gründet sich auf das aktuelle in höchstem Maße ungerechte und unsoziale Finanzsystem.

### DIKTATUR DES STAATES MIT DER KONZERNELITE

Da dieses System in seine Endphase eingetreten ist, ist der digital-finanzielle Komplex in der Tat damit beschäftigt, hinter dem Rücken der Weltöffentlichkeit ein neues System vorzubereiten. Das aber wird nicht gerechter und sozialer sein, sondern uns alle in nie dagewesener Weise dem Staat und den Zentralbanken unterwerfen und so ein Regime etablieren, von dem bereits Benito Mussolini geträumt hat: die Diktatur eines mit der Konzernelite verschmolzenen Staates.

Damit erfüllen die zwar gut gemeinten, aber doch recht naiven Thesen Barnards auch einen politischen Zweck: Indem man den Menschen suggeriert, im Hintergrund werde an einer Agenda zur Verbesserung der Welt gearbeitet, legt man ihnen ja nahe, die Hände in den Schoß zu legen und selber nichts zu tun, sondern einfach nur auf den Erlöser zu warten – ein Prinzip, das den Kirchen jahrhundertelang zu unglaublicher Macht verholfen hat und das offensichtlich auch heute noch wirkt, da sich Wunschvorstellungen und Glaubensbekenntnisse nach wie vor rationalen Argumenten entziehen.

*Dieser Text erschien zuerst auf apolut.net*




Zwei Demokratinnen tragen auf dem Platz vor dem Brandenburger Tor stolz das Banner der Good Governance Gewerkschaft. Foto: Georgi Belickin

# PERU STEHT AUF

***Aus dem südamerikanischen Peru mit seinen rund 30 Millionen Einwohnern werden seit Wochen Aufstände gemeldet. Aus dem Land berichtet für den DW Felix Feistel.***

**Seit Anfang Dezember kommt es in Peru immer wieder zu Protesten, die teils mit Gewalt bekämpft werden. Grund dafür ist, dass der erst 2021 ins Amt gewählte Präsident, Pedro Castillo, vom Parlament entmachtet und ins Gefängnis von Lima gesperrt wurde.**

Castillo werden die politischen Delikte der Rebellion und »Konspiration« vorgeworfen. Der Hintergrund: Castillo hatte am 7. Dezember erklärt, das Parlament zu entmachten, und eine landesweite Ausgangssperre verkündet. In einer Rede an die Nation erklärte er zudem, dass Neuwahlen abgehalten werden sollten, und brachte auch die Möglichkeit einer neuen Verfassungsgebung ins Spiel. Damit wollte er dem Versuch der Abgeordneten zuvorkommen, ihn abzusetzen.

### ENTEIGNET DAS VOLK DIE KONZERNE?

Der Linke Castillo hatte im Parlament nur wenig Unterstützung. Perú Libre (freies Peru), die Partei, die ihn als Kandidaten aufgestellt hat, hält nur 37 der 130 Sitze des Kongresses und schloss ihn zudem später aus. So ist er schon seit Beginn seiner Amtszeit politischen Manövern ausgesetzt, die auf seine Absetzung zielen. Diese erfolgte dann am 7. Dezember nach dem Scheitern der Auflösung des Parlament. Er wurde Berichten zufolge auf dem Weg zur mexikanischen Botschaft festgesetzt. Mexiko hatte ihm zuvor politisches Asyl gewährt.

Nur wenig später wurde Castillos Vizepräsidentin, Dima Boluarte, als erste Frau zur Präsidentin ernannt. Sie verhängte einen 30-tägigen Ausnahmezustand. Sie hatte zuvor als enge Vertraute des Präsidenten gegolten, die stets erklärte, im Falle einer Entmachtung Castillos ebenfalls abzutreten. Jetzt verkündete sie, bis zum Ende der Legislaturperiode regieren zu wollen, und rief in einer ersten Rede zu einer »Waffenruhe« auf. Dieser Aufruf wurde von Keiko Fujimori, der Tochter des ehemaligen peruanischen Diktators und Gegnerin Castillos in der Wahl 2021, sowie der USA-freundlichen Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) unterstützt. Das Volk jedoch lässt sich von diesem Aufruf nicht besänftigen. In mindestens zwölf Regionen kam es zu Großdemonstrationen und daraufhin zu eskalierender Repression, die bislang mindestens 28 Tote sowie über 600 Verletzte forderte. Die Demonstranten blockierten zuletzt landesweit Autobahnen und Flughäfen. Dabei forderten die Menschen eine Absetzung des rechtsdominierten Kongresses, Neuwahlen sowie eine Abschaffung der durch den ehemaligen Diktator Alberto Fujimori 1993 eingeführten Gesetze, die privaten Konzernen einen langfristigen Zugriff auf die Bodenschätze des Landes ermöglichen.

Anfang Januar sollen die Mobilisierungen zu Demonstrationen wieder aufgenommen werden. Gerade die indigenen Völker, für deren Rechte Castillo unter anderem eingetreten war, widersetzen sich dem als Putsch bezeichneten rechtswidrigen Regierungswechsel und rufen, ebenso wie Bauernverbände, zu einem unbefristeten Generalstreik auf. Die Unterstützung für den Präsidenten ist nur das vordergründige Motiv der Bauern und Indigenen, gegen die Regierung auf die Straße zu gehen. In Wahrheit richten sich die Proteste gegen die rücksichtslose Ausbeutung der Bodenschätze durch internationale Konzerne, welche mit einer extremen Zerstörung der Umwelt, sowie einer Vertreibung der auf dem Land lebenden Menschen einhergeht.

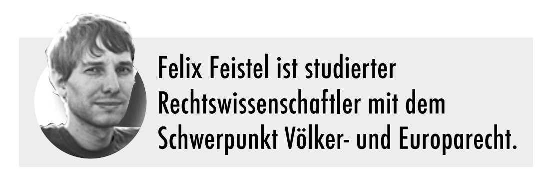
Die Öl-, Gas- und Bergbauindustrie hält die Medien zu 80 Prozent in ihren Händen, sodass in diesen immer wieder Kampagnen gegen linke Kräfte und Präsidenten geführt werden können, die der Ausbeutung im Weg stehen. Zudem lancieren die Medien immer wieder juristische Auseinandersetzungen mit erfundenen oder aufgebauschten Vorwürfen. So wurde auch Castillo in den ganzen 16 Monaten seiner Amtszeit immer wieder angegriffen.

Für das Jahr 2023 stehen 37 Vertragsverlängerungen mit der Öl- und Bergbauindustrie an. Für die nächsten 40 Jahre wollen diese sich die Profite von Milliarden an Sols sichern. Castillo stand dieser weiteren Ausbeutung des Landes im Weg, und so wurde er immer wieder mit juristischen und medialen Manövern attackiert. Unter anderem wurde ihm die »Bildung einer kriminellen Vereinigung« zur eigenen Bereicherung vorgeworfen.
Die Nationale Koordinierungsstelle für Menschenrechte zeigt sich angesichts der Polizeigewalt besorgt. Immer wieder wird auf Demonstranten geschossen und zeitweise brach die Gesundheitsversorgung Limas unter dem Ansturm der Verletzten zusammen. Boluarte verteidigte das brutale Vorgehen der Polizei. Justizminister José Tello hingegen kündigte mittlerweile an, eine sektorübergreifende Kommission einzusetzen, die die Möglichkeit einer wirtschaftlichen Entschädigung oder einer solidarischen Unterstützung für die Familien der bei der staatlichen Repression ums Leben gekommenen Personen prüfen solle.

### AUFSTÄNDE UND RÄNKESPIELE

Boluarte stellte als Kompromiss in Aussicht, bereits Mitte 2024 Neuwahlen abhalten zu wollen. Die entsprechende Gesetzesvorlage wurde vom Parlament allerdings zurückgewiesen. Die linke Minderheit im Parlament forderte zu sofortigen Neuwahlen auf, wohingegen die rechte Mehrheit die Proteste mithilfe des Militärs niederschlagen lassen will. Nur einen Tag vor der Absetzung Castillos traf sich die die ehemalige CIA-Agentin und Botschafterin in Peru, Lisa Kenna, mit dem peruanischen Verteidigungsminister, der das Militär später anwies, sich gegen Castillo zu stellen. Auch hat Boluarte schon kurze Zeit nach ihrer Vereidigung ein Telefonat mit US-Außenminister Anthony Blinken geführt, in dem dieser die Unterstützung der US-Regierung bekundete.

In Peru herrscht schon lange Instabilität. So konnten die meisten der bisherigen Präsidenten ihre Amtszeit nicht zu Ende führen. Bis auf einen sitzen alle im Gefängnis, wie auch Castillo. Doch nun ist die Zustimmung zu Castillo in der Bevölkerung größer als während der 16 Monate seiner Amtszeit. Aus dem Gefängnis heraus nutzt er das Protestpotenzial, und es wird schon über seine Rückkehr spekuliert. Auch seine ehemalige Partei konnte sich zu einer erneuten Unterstützung durchringen. Zudem wird er auch von mehreren ausländischen Regierungen, darunter Mexiko, Bolivien, Kolumbien und Argentinien, als legitimer Präsident anerkannt.


Felix Feistel ist studierter Rechtswissenschaftler mit dem Schwerpunkt Völker- und Europarecht.



Faxendicke – nicht nur in Südamerika. Foto: Georgi Belickin

## MELDUNG

### NETANJAHU KEHRT ZURÜCK

Tel Aviv/DW. Am Donnerstag, den 29. Dezember, gewann der ehemalige israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu die Vertrauensabstimmung in der Knesset. Damit kehrt er in sein ehemaliges Amt zurück. Dabei protestierten vor der Knesset einige tausend Israelis gegen die Wiederwahl. Die neue Regierung verfügt über 64 der 120 Sitze der Knesset. Die eine Hälfte hält dabei die Partei Netenjahus, Likud, während das rechtsextreme Religiös-Zionistische Bündnis sowie einige weitere religiöse Parteien die andere Hälfte innehaben. (ffe)

### DAMASKUS VERHANDELT MIT ANKARA IN MOSKAU

Moskau/DW. Unter Vermittlung Russlands kam es am 28. Dezember in Moskau zu einem Treffen zwischen den syrischen und türkischem Außenministern, um über die Situation in Nordsyrien zu verhandeln. Dabei wurde ein gemeinsamer Ausschuss geschaffen, der ein Ende der Konflikte und eine Rückkehr der mehr als drei Millionen in der Türkei gestrandeten syrischen Flüchtlinge zum Ziel hat. Die Türkei führt in Nordsyrien Krieg gegen die kurdische Bewegung, die mit Unterstützung der USA große Teile des Gebietes unter ihrer Kontrolle hält. (ffe)

### BRASILIEN INAUGURIERT LULA

Brasilia/DW. Am 1. Januar ist der kürzlich gewählte Luiz Inácio Lula da Silva in der Hauptstadt Brasilia als neuer Präsident Brasiliens vereidigt worden. Damit ist er der erste demokratisch gewählte Präsident Brasiliens, der eine dritte Amtszeit einlegt. Schon 2003 bis 2010 hatte er das Amt inne. Der ehemalige Präsident Jair Bolsonaro nahm, entgegen der Gepflogenheiten, am Zeremoniell nicht teil. Er ist noch im vergangenen Jahr nach Florida ausgereist, wo sich auch dessen Familie aufhält. (ffe)



International dieselben Forderungen, immer mehr Menschen gehen selbstbewusst auf die Straße. Foto: Georgi Belickin




**Als »duale Technologien« werden solche bezeichnet, die unter ihrem zivilen Aspekt eine militärische Seite verbergen. »Zivil« gibt es ohnehin nur aus der Sicht des Militärs. Als sie technologisch wurde, wurde diese ganze Welt dual. Dies ist einer der Schlüssel zum Verständnis des ihr eigenen Wahnsinns. (...)**

Genauso wie eine Technologie dual sein kann, so wie eine Welt dual sein kann, so kann es auch ein Menschentyp sein. Offen gesagt geht das eine nicht ohne das andere. Und hier wird es interessant. Denn es ist erlaubt, den Kalten Krieg ethisch zu situieren. Zu erkennen, wie er uns vital tangiert. Und seine tatsächliche Beschaffenheit zu berühren, sein Außen zu verorten und ihn von diesem Außen aus wahrzunehmen. Ihn zu verlassen, also.

Das, was uns in einer Gesellschaft am neutralsten erscheint, ist das, was uns am verdächtigsten erscheinen muss. Die ethische Normalität wähnt sich immer im Besitz des Tarnumhangs des Banalen. Es ist der beste Weg, sich unhinterfragbar zu machen, wenn man ohne Eigenschaften scheint. Daher kommt, so hoffen wir, der Reiz dieser kleinen Genealogien, die wir hier mit dem Konspirationistischen Manifest liefern. Sie sollen es erlauben, die Herstellungsspuren dieses Standards zum Vorschein zu bringen und vielleicht auch sich davon zu lösen.

### DER COOLE TYP ALS VERNICHTUNGSMASCHINE

Im Kern hat sich der Standardmenschentyp, der Idealtypus der demokratischen Gesellschaften, seit den 1950er Jahren nicht verändert. Er ist ein cooler, netter, empathischer, kooperativer, mobiler, anpassungsfähiger Typ, nicht neurotisch oder zwanghaft, frei von Ressentiments, jenseits innerer und äußerer Konflikte, ohne Haltung, ohne Bindungen und ohne allzu starke Überzeugungen – kurz gesagt: smart.

Er ist genauso der Typ des idealen Managers, wie des idealen Angestellten, wie des idealen Freundes und wie des idealen Ehemanns. Das Modell gibt es auch in weiblich mit denselben Merkmalen. Diese demokratische Menschlichkeit ist produziert worden, und sie ist im Rahmen eines Krieges produziert worden – des Zweiten Weltkriegs und dann des Kalten Krieges. Wir werden das nachweisen.

Dieses rundum positive Wesen wurde als bestimmte Verneinung des nazistischen und später des kommunistischen Feindes konzipiert. Diese idealerweise friedfertige Kreatur ist in Wahrheit eine Kriegswaffe. Sie ist ein ethischer Terminator in Blister verpackt. Ihr Lächeln verdeckt eine Berufung zur Verwüstung. Zwischen den Zeilen trägt sie in ihrem Herzen die Schriftzüge dessen, was sie auslöschen soll. Kurz, sie ist ebenfalls dual.

So wie Google die Maske des »Don't be evil« trägt und für die NSA arbeitet. So wie Facebook für die Werbung ausruft: »Connecting people« (dt. Menschen verbinden), aber beiseite zu sich selbst »Move fast, break things« (dt. Bewege Dich schnell und zerschlage die Dinge) flüstert. So wie Mark Zuckerberg sich anbietet, »die Demokratie zu schützen«, nachdem er am Ende jeder Teambesprechung »Dominieren!« gewettert und seine Tochter aus Faszination für den ersten Kaiser Roms August genannt hat. Sehen wir uns an, wie dieser Typ fabriziert wurde.

Die ganze Geschichte beginnt am Vorabend des Zweiten Weltkriegs in den Vereinigten Staaten mit einem ganzen Haufen an progressiven Intellektuellen, die entschlossen sind, den Krieg vorzubereiten, obwohl in der Bevölkerung eine pazifistische abwartende Haltung vorherrscht. Seit 1914 bis 1918 sind Kriege nicht mehr nur eine Angelegenheit von Armeekorps, sondern bewirken die totale Mobilmachung von Gesellschaften und Menschen. Die Organisation der Industrie oder der Landwirtschaft einer kriegführenden Partei kann einen entscheidenden Vorteil bieten, ebenso wie ihre Luftfahrt oder die Disziplin ihrer Arbeiterklasse. Letztlich ist der Feind, also das, was es zu brechen gilt, der Widerstandswille, die Moral der gegnerischen Bevölkerung – daher später die Bombardierung von Dresden oder von Hiroshima. Unseren progressiven Intellektuellen ist es also wichtig, Amerika

»Im Kern hat sich der Standardmenschentyp, der Idealtypus der demokratischen Gesellschaften, seit den 1950er Jahren nicht verändert. Er ist ein cooler, netter, empathischer, kooperativer, mobiler, anpassungsfähiger Typ, nicht neurotisch oder zwanghaft, frei von Ressentiments, jenseits innerer und äußerer Konflikte, ohne Haltung, ohne Bindungen und ohne allzu starke Überzeugungen – kurz gesagt: smart. Diese idealerweise friedfertige Kreatur ist in Wahrheit eine Kriegswaffe. Sie ist ein ethischer Terminator in Blister verpackt. Ihr Lächeln verdeckt eine Berufung zur Verwüstung.« Foto: CreativeCommons




Das deutsche Volk verfasst sich demokratisch neu und
Besatzunsgmacht und die Monopolkonzerne ab. Ein w
weltbekannten Autorengruppe Unsichtbares Komitee

mit einer Sache auszustatten. Eine Sache, die in der Lage ist, sowohl Deutschland als auch Japan und ferner auch die UdSSR zu besiegen – in der Lage, das Land zu mobilisieren und zu elektrisieren. Da gibt es Psychologen wie Erich Fromm, Gordon Allport oder Abraham Maslow – Sie wissen schon, die berühmte Maslowsche Bedürfnispyramide aus dem Marketingunterricht –, Kommunikationswissenschaftler wie Harold Lasswell oder Paul Lazarsfeld, Journalisten wie Lyman Bryson, ein Kunstkritiker, ein Verantwortlicher der Rockefeller-Stiftung oder Anthropologen wie Gregory Bateson, seine Frau Margaret Mead und deren Professorin und Geliebte Ruth Benedict. Alle stellen sich schließlich in den Dienst der amerikanischen Kriegsanstrengungen – im Office of Strategic Services, im Office for War Information, im Office of the Coordinator of Inter-American Affairs, im Committee for National Morale. In diesem letzten Komitee, dem Komitee für nationale Moral, das sich unter anderem mit der Frage befasst, ob ein US-Propagandaministerium nach dem Vorbild von Doktor

# IST DUAL WIE NOLOGIEN«

***m Grundlagentext zum Widerstand der Gegenwart.***



streift die alte Hülle der BRD, die angloamerikanische
wichtiger anarchistischer Beitrag dazu kommt von der
– »anonym«.

Goebbels eingerichtet werden soll, entwerfen Margaret Mead, Gregory Bateson und Ruth Benedict die amerikanische Sache gegenüber dem Nationalsozialismus. Die Sache, mit der der Krieg gerechtfertigt und die Moral der Truppen gestärkt werden wird.

#### DER AMERIKANISCHE KRIEG IST THERAPEUTISCH

Denn es ist im Jahr 1939 – dem Jahr, in dem die Rockefeller-Stiftung das Eugenik-Institut von Doktor Mengele finanziert; in dem die Dehomag die weltweit größte Tochtergesellschaft der späteren IBM ist, und zwar eine Tochtergesellschaft, die den ganzen Krieg hindurch die in den Konzentrationslagern eingesetzten Lochkartenmaschinen stellt; in dem die amerikanischen Eugenikgesetze, die in den meisten amerikanischen Staaten in Kraft sind, das Modell für die nationalsozialistischen Rassenreinheitsgesetze bilden; in dem Henry Ford einer der größten Fans Hitlers ist und umgekehrt; in dem Deutschland den größten Anteil der amerikanischen Auslandsinvestitionen ausmacht; in dem die WASP-Aristokratie (weiß, angelsächsisch, protestantisch), die das Land unter dem Anschein der Demokratie regiert, eine heimliche Bewunderung für deutsche Disziplin hegt; in dem örtliche faschistische Bewegungen im Stechschritt über den Times Square marschieren und Massenversammlungen organisieren – milde ausgedrückt keine Selbstverständlichkeit, dass die amerikanische Sache als etwas definiert wird, das mit dem Nationalsozialismus nichts zu tun hat und Deutschland feindlich gesinnt ist. Man muss die Wirklichkeit sogar ein wenig verbiegen, um sie als Selbstverständlichkeit durchzusetzen.

Die Sache wird die sein: Die amerikanische demokratische Persönlichkeit gegen die autoritäre Persönlichkeit des Faschismus und später des Kommunismus zu verteidigen. »Da alle westlichen Nationen dazu neigen, in einem bipolaren Muster zu denken und sich zu verhalten, wäre es gut, um die ›Moral‹ der Amerikaner zu stärken, unsere verschiedenen Feinde als eine einzige feindliche Einheit zu betrachten«, empfahl Bateson 1942.

Margaret Mead macht sich an die Arbeit. Das Ergebnis ist ihr Buch And Keep Your Powder Dry (1942). Nachdem sie das balinesische Ethos oder das Ethos der Iatmul – ihre Lebensform, würde man heute sagen – definiert hat, kehrt die in den 1920er und 1930er Jahren entstandene amerikanische kulturalistische Anthropologie in den Schoß der Heimat zurück, um zu erklären, was das amerikanische Ethos ist. Oder: um es als solches zu erfinden. Bald darauf wird sie sich im Auftrag des Militärs mit dem japanischen oder sowjetischen Ethos befassen, um diese besser ruinieren zu können.

#### »SEI NETT, SEI PROFESSIONELL, SEI BEREIT ZU TÖTEN«

Einige Auszüge, zur Erinnerung: »Das Wesen der puritanischen Persönlichkeit, einer Persönlichkeit, die in Amerika ihre vollständigste Entwicklung erreicht hat, ist eine Mischung aus praktischem Sinn und dem Glauben an die Macht Gottes – oder an moralische Ziele. ›Glaubt an Gott, aber haltet euer Pulver trocken‹, sagte Cromwell. […] Den Krieg zu gewinnen ist eine Sache des Social Engineering. […] Die Lektion, dass die Welt jetzt eine vereinigte ist, dass wir und unsere Feinde im selben Netz gefangen sind, dass wir nicht für den einen einen Ausweg aus der Welt heraus hacken können oder den einen eliminieren, ohne gleichzeitig die Zukunft des anderen zu gefährden, muss uns klar vor Augen stehen. Wenn wir über die polizeiliche Überwachung der Welt reden, bedeutet das einen Übergang von Armeen hin zur Polizei, von der Sicht auf die Welt als eine Anordnung von kriegführenden nationalen Entitäten weg, hin zu einer Sicht auf die Welt als eine zivilgesellschaftliche Einheit. […] Wir müssen die Kulturen Frankreichs und Albaniens, Rumäniens und Indiens erforschen und bewahren. […] Gleichzeitig müssen wir von all diesen Kulturen verlangen, dass sie bestimmte Elemente eliminieren, die mit der Ordnung der Welt, wie wir sie sehen, unvereinbar sind. […] Wir müssen die Werkzeuge sein, die einer kreativen Ordnung, die auf Respekt vor den Unterschieden beruht, Form geben, wir müssen die Skalpelle sein, die das herausschneiden, was zu unserem besonderen Traum ungeeignet ist. […] Die Plattform, die Amerika anbieten kann, ist ein Skelett, eine minimale Plattform – die vier Freiheiten, ein moralischer Zweck, Ingenieurskunst. […]

Wenn wir die Hinweise nutzen, die uns die anderen großen Kulturen geben, und wenn wir mit Mitgliedern dieser Kulturen zusammenarbeiten, um eine neue Welt aufzubauen, werden wir Wege finden, menschliche Energien zu verwerten, die genauso verblüffend und aufregend sind wie die Wege, die natürlichen Ressourcen zu verwerten, die unsere Augen heute beeindrucken. […]

Wir müssen eine Formel für den Wiederaufbau nach dem Krieg entwerfen, in welcher wir Institutionen, die Menschen hervorbringen, die sich dem Krieg, der Herrschaft und der gnadenlosen Grausamkeit verschrieben haben, behandeln, als wären sie gefährliche Viren, und wir werden die Individuen, die von ihnen schwer infiziert wurden, als Träger tödlicher sozialer Krankheiten behandeln. Wir müssen die soziale Organisation insbesondere in Preußen und Japan analysieren und versuchen, diese Elemente, die überzeugte Faschisten hervorbringen, wissenschaftlich zu beseitigen. […] Wenn wir unsere Aufmerksamkeit auf die Krankheit richten – denn dieser systematisierte Hass ist eine Krankheit und versucht, sich über die ganze Welt zu verbreiten – und nicht auf den, der sie trägt, wenn wir die Krankheit bekämpfen und, nur wenn es sein muss, diejenigen aussondern, die am heftigsten mit ihr infiziert sind, wenn wir mit uns selbst genauso streng und unnachgiebig sind wie mit unseren Feinden – dann werden wir verhindern, dass wir uns selbst als Instrumente einer neuen Ordnung korrumpieren. […] Wir sind der Stoff, mit dem dieser Krieg geführt wird.«

In den 1920er und 1930er Jahren wurde von Erich Fromm, Wilhelm Reich und Abraham Maslow die autoritäre Persönlichkeit untersucht – gepanzert, starr, im Konflikt mit sich selbst wie mit der Welt, »unfähig sich selbst zu sehen, […], unfähig es selbst zu sein« – was im Umkehrschluss zur Definition der demokratischen Persönlichkeit führt – offen, integriert, vollständig, authentisch, spontan, autonom.

#### BE YOURSELF, BE YOURSELF GEGEN DIE NAZIS UND DIE KOMMUNISTEN

Der amerikanische Krieg ist therapeutisch. In diesem Jargon zumindest formuliert er sich selbst. Es geht darum, diese Welt, die von Neurotikern bevölkert ist, zu heilen, sie von Menschen zu säubern, die voller »Hass« sind –diesem unverständlichen »Hass«, der bald das Internet und die sozialen Netzwerke überschwemmen wird –, Menschen, die den Konflikt, der in ihnen wohnt, überall verbreiten, und sie durch positive Persönlichkeiten zu ersetzen. Endlich. Diejenigen, die man zerstört, von dem Hass heilen, den sie empfinden, den sie nicht mehr empfinden, da sie nicht mehr existieren. – In vollem Wohlwollen.

»Be polite. Be professional. Be prepared to kill«, resümierte John Nagl, einer der Autoren des aktuellen US-Handbuchs zur Aufstandsbekämpfung. »Die Aufgabe [den demokratischen Charakter aufzubauen] ist nichts weniger als der drastische und kontinuierliche Umbau unserer eigenen Zivilisation und der meisten Kulturen, die wir kennen«, schrieb der Politologe Harald Lasswell in seinem Democratic Charakter. Das war im Jahr 1951. Mission accomplished!

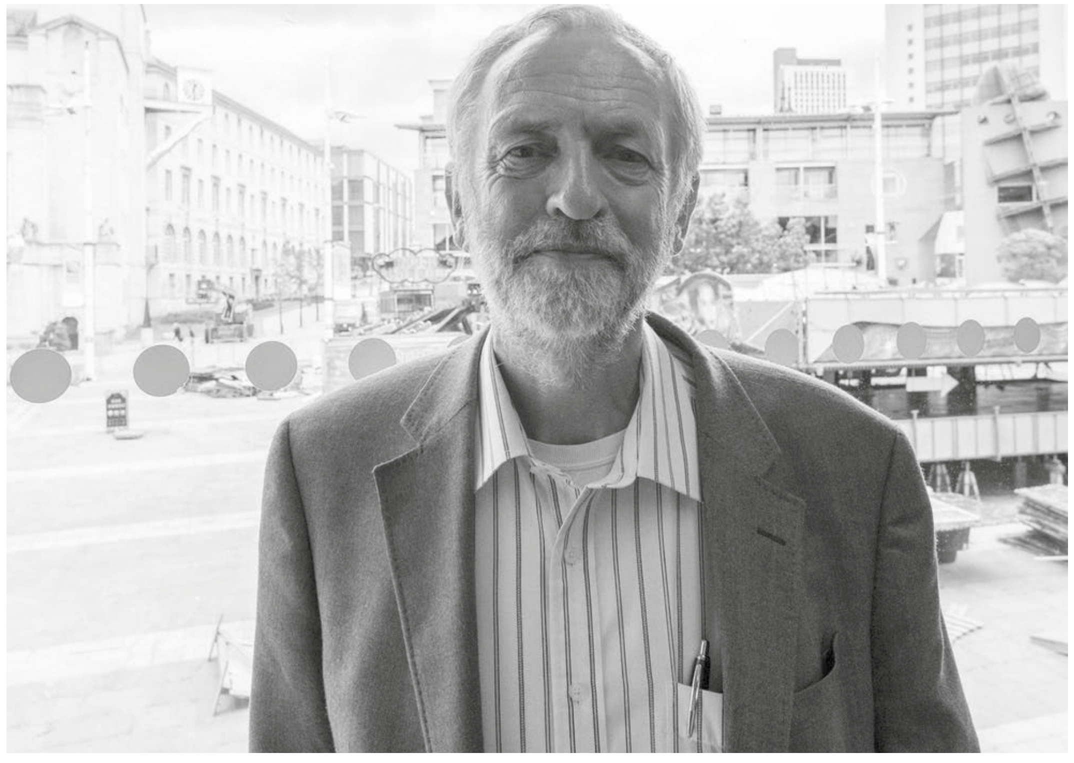
# Im Bilde mit Corbyn

**Ausbeutung des Begriffs »Antisemitismus«: Skrupellose Netzwerke schießen mit allen Mitteln gegen jeden, der eine Alternative aufzeigt – zu eben ihrer eigenen skrupellosen Machtausübung. Zur Geschichte Jeremy Corbyns kommt nun ein Aufklärungsfilm ins Kino.**

Beim weltbekannten Rockfestival von Glostonbury im Juni 2017 jubelten ihm die jugendlichen Massen zu. Eine solche Begeisterung für einen Friedenspolitiker hatte es in Britannien wohl noch nie zuvor gegeben. Corbyn stand vor dem Sprung zum Premierminister. Zeitgleich hatte Sahra Wagenknechts Bündnis »Aufstehen« in der BRD Konjunktur, ihre Kanzlerschaft rückte in Umfragen in greifbare Nähe. Jean-Luc Mélenchon legte sich mit den Konzerneliten in Frankreich an. Und in den USA stand mit Bernard Sanders ein Politiker ganz anderen Schlages kurz vor der Präsidentschaftskandidatur gegen Donald Trump.

Doch die traurige Welt der Medienkonzerne, Kriegstreiber und des faschistischen Nato-Tiefen-Staates braucht eben Krieg und »Killarys«. Abziehbild für die Demontage Jeremy Corbyns war die Demontage Oskar Lafontaines (SPD) als »Superminister«, kurz vor dem illegalen Nato-Bombardement der Stadt Belgrad im Jahr 1999 durch deutsche Bomber – denn das wäre mit Lafontaine nicht möglich gewesen. Der Impuls zum »Abschuss« Lafontaines war aus England gekommen, wo eine Tabloid-Zeitung ungewöhnlicherweise zu einem deutschen Politiker der Gegenwart titelte: »Ist er der gefährlichste Mann Europas?« Und die deutschen Medienkonzerne stimmten ins Schlachtgeheul ein.

Die Corona-Lüge und alle damit verbundenen Verbrechen sind auch mit der Wechselstimmung im gesamten Westen in den Jahren zuvor zu erklären. Alles, was sozial ist, muss weg, von rechts bis links, von Gelbweste bis Corona-Proteste. Das Schema ist immer dasselbe, nach innen wie nach außen: Die faschistischen Propagandanetzwerke ultrakapitalistischer West-Oligarchen markieren jeden Sozial- und Volkspolitiker – mehr oder weniger – als eine Art »neuen Hitler«. Sogar der Begriff des Antisemitismus wurde für Jeremy Corbyn von der Labour-Party (Partei der Arbeit) schamlos ausgebeutet – in zuvor nie dagewesenem Ausmaß.



Jeremy Corbyn war 2017 drauf und dran, britischer Premierminister zu werden. Dann wurde er von Propagandamedien quasi als »Reichsbürger« verunglimpft und vom Terrorapparat weggeschafft. Foto: Rex

Diese systematische Verleumdung des unscheinbaren alternativen Politikers Jeremy Corbyn wurde nun dokumentiert. Der Film »Die große Lüge« des britischen Regisseurs Chris Reeves wird am 15. Januar 2022 im Kino Babylon Berlin schon um 14 Uhr nachmittags uraufgeführt (»The Big Lie«, UK 2022). Aus dem Umgang mit diesen Politikern muss schnell gelernt werden, wie wenig sinnvoll es ist, auf Verleumdungsoperationen überhaupt noch einzugehen – sondern dass der Feind radikal, kompromisslos und mit Opferbereitschaft bekämpft und zunichtegemacht werden muss. (ale)







## DER KOLLABORATEUR AUF DEM MAULBEERFEIGENBAUM

KOLUMNE CHRISTEN IM WIDERSTAND

*von Michael Schuch*

**Zu Weihnachten hat Deutschlands Chefvirologe eine Pandemie, die es nie gab, für beendet erklärt. Die versteckte Botschaft darin lautete: »Zieht einen Schlussstrich unter die Vergangenheit und geht zur Tagesordnung über!«**

Doch ohne eine gründliche Aufarbeitung kann die gesellschaftliche Spaltung, in der wir uns am Beginn des Jahres 4 nach Covid befinden, nicht überwunden werden. Die Schwamm-Drüber-Methode wird weder die Täter reinwaschen, noch die Wunden der Opfer heilen. Es braucht wesentlich mehr. So etwas wie ehrliche Einsicht, ungeheuchelte Reue und bedingungslose Umkehr – sowie die aufrichtige Bitte um Vergebung. Also nicht das, was ein gewisser Ex-Minister tut, der ein Buch mit dem Titel »Wir werden einander viel verzeihen müssen« herausgebracht hat. Dieses Werk ist der durchschaubare Versuch, sich öffentlich mit zelebrierter Zerknirschung in Szene zu setzen und so aus der Verantwortung zu stehlen.

Echter Sinneswandel beruht auf dem innigen Wunsch, begangenes Unrecht wiedergutzumachen – so weit das überhaupt möglich ist. Orientierung dazu finden wir bei Lukas im 19. Kapitel seines Evangeliums: Der Oberzöllner Zachäus hatte sich als Kollaborateur der römischen Besatzungsmacht jahrelang unrechtmäßig bereichert und sich so bei seinen Landsleuten verächtlich gemacht. Als der kleinwüchsige Mann eines Tages auf einen Maulbeerfeigenbaum klettert, um den berühmtesten Rabbi seiner Zeit sehen zu können, findet seine fragwürdige Karriere ein abruptes Ende. Die Begegnung mit Jesus verändert ihn radikal: »Siehe, Herr, die Hälfte meiner Güter gebe ich den Armen, und wenn ich jemand betrogen habe, so gebe ich es vierfältig zurück!«

Diese Geschichte erzählt nicht nur vom Wunder der persönlichen Befreiung von Schuld, sondern setzt auch den Maßstab, wie gesellschaftliche Aussöhnung gelingen kann. Für das Jahr 2023 wünsche ich uns allen, dass viele Kollaborateure des Corona-Regimes, insbesondere aus den Reihen der Medienvertreter, Lehrer, Pastoren, Polizisten, Richter und Ärzte, dem Beispiel Zachäus‘ folgen.

Der Autor ist SAP-Berater und wohnt im Landkreis Schwäbisch Hall (youtube.com/c/Antipas1).

# DW-EMPFEHLUNGSLISTE

Diese Bücher sind im freien Handel erhältlich.
Neue Rezensionsexemplare bitte schicken an
DW/KDW | Postfach 35 02 16 | 10211 Berlin



DAS KONSPIRATIONISTISCHE MANIFEST.
Anonym
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-9-1



CHRONIK EINER ABRECHNUNG.
Flo Osrainik
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-7-7



DIE CORONA-LITANEI – Gedichte gegen die verordnete Verödung des Lebens
Dr. Werner Köhne
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-8-4



DAS CORONA-ABC: Von Alarmismus bis Zensur
Schwarzbuch Corona Band II
Sven Magnus Hanefeld
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-6-0



CORONA. INSZENIERUNG EINER KRISE.
Prof. Klaus-Jürgen Bruder, Prof. Almuth-Bruder Bezzel, Dr. Jürgen Günther (Hgg.)
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-5-3



WIE KONNTE ES NUR SO WEIT KOMMEN?
Gunner Kaiser (Hg)
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-3-9



SCHWARZBUCH CORONA.
Erster Band. Die Erkenntnisse des Corona-Ausschusses
Uli Gellermann, Tamara Ganjalyan (Hgg.), Sodenkamp & Lenz Verlagshaus, ISBN: 978-3-9822745-1-5



MINIMA MORTALIA
Reflexionen über den Tod in der Moderne
Werner Köhne
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-0-8



JAHRES-CHRONIK DER DEMOKRATIEBEWEGUNG 2020/21
Redaktion: Casey Koneth mit Beiträgen von u.a. Beate Bahner, Robert F. Kennedy Jr., Daniele Ganser, Prof. Giorgio Agamben
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-2-2



JAHRES-CHRONIK DER DEMOKRATIEBEWEGUNG 2021/22
Redaktion: Casey Koneth mit Beiträgen u.a. von Nina Adlon, Prof. Hans-Jürgen Bandelt, Ken Jebsen Milosz Matuschek
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-4-6

Mit Christine Lambrecht in den Frieden ziehen. | Fortsetzung vom Titel | Von Anselm Lenz

»Ich werde jetzt diesen Jahreswechsel begehen! Mit Familie und Freunden«, sagt Bundesverteidigungsministerin Christine Lambrecht, während um sie herum in den Straßen von Berlin die Silvesternacht knallt wie drei Jahre lang nicht mehr, weil das Regime alles verboten hatte. Lambrecht hat den Frieden erklärt: »Gesund, glücklich und hoffentlich friedvoll« solle das Jahr 2023 werden, führt die Mannheimerin weiter aus. Sie bedenkt auch jene, die am Silvesterabend nicht feiern können, weil sie als »Soldat oder als Polizistin, im Krankenhaus oder in anderen Bereichen« Dienst schieben. Die Ministerin sagt ihnen »ein herzliches Dankeschön«.

Endlich zieht sich Deutschland aus Nato und jeder Form der Kriegsbeteiligung zurück. Der Friedensschluss ist für uns bereits da, es war nie unser Krieg – und im Grunde auch nicht jener der Ukrainer, auf deren Rücken ein Stellvertreterkrieg ausgetragen wird, der seit langer Zeit geschwelt hatte. Mit Lambrecht ziehen wir nun also in den Frieden. Aus der wunderbaren Absage an die Nato-Kriegstreiberei, an die endlose unerträgliche Propaganda, die Geschichtsklitterung und das Rasseln mit dem Weltkrieg im seit langer, langer Zeit schwelenden Stellvertreterkonflikt Washingtons vor der Haustür Moskaus will die Konzernpresse unserer Bundesverteidigungsministerin nun den Strick drehen. Dabei hatte Oberst Arne Collatz in der ersten Pressekonferenz des neuen Kalenderjahres am zurückliegenden Montag zur Bundesverteidigungsministerin noch ganz klar erklärt: »Die Worte der Ministerin stehen für sich«, so der Sprecher des Bundesverteidigungsministeriums. »Sie hat sich auf einem privaten Kanal dazu geäußert, hat ihre Worte dort gewählt und das Ganze auch ohne Zuhilfenahme dienstlicher Ressourcen produziert.«

Die Friedenserklärung der früheren Bundesjustizministerin Christine Lambrecht zeigt damit glasklar: Unsere Politiker sind nicht nur Marionetten höherer Mächte, sie sind immer auch in der Lage, andere Entscheidungen zu treffen, als jene, die ihnen vorgegeben werden. Dafür müssen sie nur das Risiko eingehen, ein Gewissen zu haben. Das Versprechen, das Christine Lambrecht in die Welt strahlte, kündet vom freien Willen des Menschen, der in der Lage ist, seine Umgebung und seine Beziehungen schöpferisch und friedlich zu gestalten und nicht nur auf Reize zu reagieren.

### LAMBRECHT AUF SPUREN WILLY BRANDTS?

Lambrecht wählte den Frieden und wandte sich direkt an das Volk. Es bleibt zu hoffen, dass sie bei Ihrer Entscheidung bleibt und sich den Preis der Republik dauerhaft verdient (siehe Seite 2). So oder so hat sie sich mit ihrer möglicherweise spontanen Friedenserklärung zu einer großen deutschen Politikerin in der Nachfolge des Friedenspolitikers Willy Brandt gemacht. Und ein solcher Weg des Mutes zum Frieden steht jedem Menschen zu. Nur die Frage des Zeitpunkts des Abzugs der amerikanischen und englischen Besatzungstruppen bleibt offen. Die Rote Armee ist bereits vor bald drei Jahrzehnten gegangen. Am 31. August 1994 verließ der letzte russische Soldat freiwillig die Bundesrepublik.

Die Nachricht vom Kriegsende dürfte auch die 13.700 Bundeswehrsoldaten in der Nato-Eingreiftruppe NRF erfreut haben. Diese waren mit rund 25.000 Kameraden anderer Nato-Länder nach dem Beginn des Kriegsgeschehens bereits am 25. Februar 2022 an die Ostfront kommandiert worden.

Seit August 2017 befinden sich bereits Teile der Panzergrenadierbrigade 37 in Litauen nahe der russischen Grenze und jene soll ab 1. Januar die Führung der »Einsatzgruppe mit sehr hoher Einsatzbereitschaft« übernehmen. 8.000 von 12.000 Soldaten sind Deutsche. Strategisches Motto auf Geheiß aus Washington und London: »Verstärkte Vornepräsenz.« Na, recht schönen Dank, ohne uns und ohne Frau Lambrecht. Jetzt muss nur noch die offizielle Berliner Politik sich Lambrechts Friedenserklärung anschließen.

# ALLES MUSS MAN SELBER MACHEN

***Deutschland steht auf. Ich auch!*** | Ein KOMMENTAR von Batseba N'Diaye

**Dies wird eine Ode an die Deutschen, die sich aufgemacht haben, ihre Verfassung zu demokratisieren. Das wird gelingen, aber nur mit Entschlossenheit und Unnachgiebigkeit.**

Ich gebe zu, ich hatte viel zu tun, aber ich habe immer versucht, meinen Freunden und Landsleuten den Rücken freizuhalten. Ich habe mir angesehen, wie ab Ende des Jahres 2021 die Demokratiebewegung zur Querfront wurde. Freie Sachsen und viele weitere Bürgerorganisationen formierten sich dezentral. Es gelang, mit den Methoden der Demokratiebewegung, den Injektionzwang abzuwehren.

Sicher, die Demokratiebewegung entstand ab 28. März 2020 und wurde die größte Erhebung, die es jemals in den Jahrhunderten der deutschen Geschichte gegeben hat, wie Anselm Lenz nicht müde wird zu betonen. Ich finde: Ab Ende 2021 wurde sie erst richtig gut! Wir wollen mit »den Rechten« zusammengehen, die uns im Winter 21/22 wirklich »den Arsch gerettet« haben. Ja, wir sind auch Sachsen, Thüringer, Brandenburger, Mecklenburger, Anhaltiner, Pommeraner. Wir sind Deutschland!

Ich habe den Deutschen so viel zu verdanken, und ich bin selber eine geworden, auch wenn mich immer noch viele als »Schwarze Mama« angucken. Aber die Band Rammstein hat mir in ihrem Musikvideo »Deutschland« ein Denkmal gesetzt. Ich liebe Deutschland und ich werde mit meinen Landsleuten für die grundlegende demokratische Erneuerung unseres heiligen Deutschlands kämpfen! Darauf gebe ich mein Ehrenwort, denn alles, wirklich alles, muss man selber machen. Ich bin in diesem Kampf auf Eurer Seite!



Germania auf der Wacht am Rhein, Lorenz Clasen (1812–1899), 1860, Öl auf Leinwand. Foto: Stadtgeschichtliches Museum Leipzig (gemeinfrei)

*Batseba N'Diaye ist Mutter, Übersetzerin und ausgebildete Krankenpflegerin. Sie arbeitete auch als Entwicklungshelferin und Vermittlerin. 2021 zog sich die Autorin mit ihrer Familie zwischenzeitlich zurück, um im Hintergrund tätig zu werden.*



# SPORT MIT BERTHOLD

## DAS BLEIBT SPORTLICH VON DER WM

Marokko war die große Überraschung, Trainer und Team! Sie traten immer hellwach auf, waren körperlich sehr präsent und brillierten mit einem sehr schnellen Umschaltspiel. Afrika kann stolz auf diese Truppe sein, die es als erste Mannschaft des Kontinents in ein Halbfinale bei einer Fußballweltmeisterschaft geschafft hat.

Charismatisch ist auch der Trainer von Saudi-Arabien, der eine sehr interessante Vita hat, ungewöhnlich, er scheint sehr geerdet zu sein. Mit dem Sieg gegen Argentinien in der Gruppenrunde haben er und seine Mannschaft Geschichte geschrieben. Taktisch gab es keine Neuheiten. Mannschaften, die defensiv gut organisiert waren, aggressiv im Zweikampf und mit Mumm, Willen und Mut ausgestattet, haben performt.

Der Spieler des Turniers war Lionel Messi, im letzten Spiel seiner Nationalmannschaftskarriere ist es ihm endlich gelungen, den größten Titel im Sport zu gewinnen. Nach den vielen Jahren, die er uns mit seiner Art Fußball zu spielen erfreut hat, ist sein größter Wunsch im Finale von Doha in Erfüllung gegangen.

Thomas Berthold ist unter anderem Fußballweltmeister 1990 und Sportchef dieser Zeitung.

# Grundgesetz

***Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:***

**Artikel 1**
**(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.**
**(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.**
**(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.**

**Artikel 2**
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

**Artikel 3**
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

**Artikel 4**
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

**Artikel 5**
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

**Artikel 6**
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

**Artikel 7**
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

**Artikel 8**
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

**Artikel 9**
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

**Artikel 10**
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

**Artikel 11**
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

**Artikel 12**
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

**Artikel 12a**
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

**Artikel 13**
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

**Artikel 14**
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

**Artikel 15**
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

**Artikel 16**
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

**Artikel 16a**
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

**Artikel 17**
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

**Artikel 17a**
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

**Artikel 18**
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

**Artikel 19**
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

**Artikel 20**
**(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.**
**(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.**
**(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.**
**(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.**

***Art. 146*** *Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.*